

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 4/15. Jhg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2009

---

Zu diesem Heft:

Dieses Heft dokumentiert in gekürzten Fassungen die im Kolloquium "1939: War der Krieg unvermeidlich?" am 12. September 2009 in Berlin gehaltenen Vorträge von Dietrich Eichholtz, Stefan Doernberg und Hans-Werner Deim sowie die Beiträge von Lorenz Knorr, Rolf Richter, Eckhard Trümpler und Wolfgang Triebel. Ein Schwerpunkt des Kolloquiums war es, deutlich zu machen, welche Kräfte mit welcher Motivation zum Kriege trieben, ihn auslösten und die Verantwortung für alle Folgen tragen - insbesondere die Rolle des deutschen Großkapitals und der Wehrmacht, das Zusammenspiel von wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten des imperialistischen Deutschland zu beleuchten. Nachgegangen wurde der Frage, welche Möglichkeiten bestanden, den Krieg zu verhindern, und warum sie nicht zum Tragen kamen. Ausführlich und in Auseinandersetzung mit einseitigen, selektiven Darstellungen, mit bewusst verengten Blickwinkeln wurde die Problematik des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages erörtert. Deutlich wurde das völlige Scheitern der Kriegsziele des deutschen Imperialismus - vor allem dank der alle Erwartungen weit übertreffenden Kraftentfaltung der sozialistischen Sowjetunion und ihrer Streitkräfte. Bei der Erörterung der verschiedensten Fragen wurde sichtbar, wie notwendig, ja unverzichtbar *objektive* historische Kriterien für die Betrachtung und Wertung konkreter Vorgänge und Zusammenhänge sind.

Das Kolloquium unterstrich die Aktualität seiner Thematik, die sich unübersehbar in der gegenwärtigen Politik und den Medien spiegelt. Imperialistische, reaktionäre, die Politik militarisierende Tendenzen der Gegenwart suchen sich durch instrumentalisierenden "Griff in die Geschichte" zu legitimieren, ihre die Lehren der Geschichte negierende Politik demagogisch als deren Vollstreckung auszugeben. Die Liquidierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges 1989/90, die den Krieg nach Europa zurückbrachte und nicht nur eine Phase von ungebremstem "Raubtierkapitalismus", sondern auch eine neue Periode weltweiter imperialistischer Interventionskriege einleitete, wird dreist in eine Etablierung von Frieden und Freiheit umgelogen.

Derartigem politisch motivierten missbräuchlichen Umgang mit der Geschichte wird auch unsere Konferenz "1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen" am 31. Oktober 2009 in Berlin (10.30 Uhr, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Str. 47; Einladung siehe *Geschichtskorrespondenz*, August 2009, S. 35) mit Tatsachen und Argumenten begegnen.

In diesem Sinne drucken wir auch die Stellungnahme der GBM und des Berliner Alternativen Geschichtsforums zu den Ereignissen von 1989 ab (S. 36).

Heinz Karl

## *Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. sc. Heinz Karl Zur Eröffnung des Kolloquiums "1939: War der Krieg unvermeidlich?"	S. 3
Prof. Dr. habil. Dietrich Eichholtz Kriegsvorbereitung und Kriegsende (1938/39)	S. 4
Prof. Dr. Stefan Doernberg Zur historischen Wertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- vertrags von 1939	S. 8
Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim Zum Problem der Wende im Zweiten Weltkrieg	S. 14
Lorenz Knorr War der Zweite Weltkrieg zu verhindern?	S. 19
Dr. Rolf Richter Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939. Thesen	S. 23
Prof. Dr. Eckhard Trümpler Über die Wende im zweiten Weltkrieg	S. 27
Prof. Dr. Wolfgang Triebel Dokumentation: Aus dem "Archiv Dirksen"	S. 32
GBM/Berliner Alternatives Geschichtsforum Zu den Ereignissen von 1989	S. 36

---

Impressum:	Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2010.

Prof. Dr. sc. Heinz Karl

## Zur Eröffnung des Kolloquiums "1939: War der Krieg unvermeidlich?"

Der 70. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus hat ein lebhaftes nicht nur mediales, sondern auch offiziell-politisches Echo gefunden. Die Feierlichkeiten in Gdansk sind nur *ein* Beispiel dafür. Die historischen Ereignisse sind Projektionsfläche für das Artikulieren aktueller und perspektivischer politischer Interessen und Ambitionen. Das bundesdeutsche politische Establishment nutzt sie, um die Kontinuität deutscher imperialistischer Politik zu verschleiern, sich als durch leidvolle geschichtliche Erfahrungen geläutert und zu Demokratie und Völkerverständigung bekehrt darzustellen und seine seit 1989/90 sprunghaft gewachsenen expansiven und hegemonialen Ambitionen durch preiswerte Freundschaftsgesten und Versöhnungsphrasen zu kaschieren. Das gegenwärtige restaurative bürgerliche Regime in Polen knüpft bewusst an die Tradition des reaktionären Sanacja-Regimes an, das Polen in die Katastrophe des September 1939 hineingesteuert hat, entlastet und glorifiziert es, um sich selbst zu legitimieren und alle linken Bestrebungen zu diffamieren und zu kriminalisieren. Massive antikommunistische Vorstöße in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, offene faschistische Provokationen im Baltikum, in Ungarn und Italien runden das Bild. Der auf der Linie der Totalitarismuskonzeption, des angeblichen Kampfes gegen "Rechts- und Linksextremismus" geführte Kampf gegen die Linke unter demagogischer "antifaschistischer" Flagge ist heute gefährlicher denn je.

Mit großem Aufwand wird versucht zu vernebeln, wer den Krieg entfesselt und wer ihn im Interesse der Völker beendet hat. Die Rolle des deutschen Kapitals und der deutschen Machteliten insgesamt wird verschleiert und verschwiegen. Die Rede der Bundeskanzlerin in Gdansk - pardon, in ihrer Diktion natürlich in "Danzig" - war dafür symptomatisch. Verschleiert und verschwiegen werden Rolle und Wesen der deutschen Wehrmacht. Frau Merkel brachte es fertig, darüber nicht ein Wort zu verlieren. Kein Wunder - ist doch die ungebrochene Kontinuität von der Wehrmacht zur Bundeswehr besonders augenfällig. Die Kontinuität deutscher imperialistischer Außen- und Militärpolitik herauszuarbeiten ist heute notwendiger denn je.

Seit ihrer Gründung führt die Bundesrepublik einen verbissenen Kampf gegen die *Ergebnisse* des Zweiten Weltkrieges und deren Fixierung durch die Potsdamer Konferenz. 40 Jahre verweigerte sie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Als sie sich endlich 1990 dazu bequeme, tat sie dies nicht aus Einsicht, sondern *aus taktischem Kalkül*. Nach Ansicht der Bundeskanzlerin wurden die Völker Europas keineswegs 1945, durch die Zerschlagung des deutschen Faschismus befreit, nein: "vollendet wurde der Weg Europas zur Freiheit erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs". Heute ist in ihrer Sicht Europa ein "Kontinent der Freiheit und des Friedens". Heute - nachdem durch die NATO-Staaten Anfang der 90er Jahre die in und auf Potsdam gegründete längste Friedensperiode Europas seit sechs Jahrhunderten liquidiert, durch einen von NATO-Staaten - voran die BRD - genährten Bürgerkrieg Jugoslawien zerschlagen, dann durch eine offene NATO-Aggression Serbien amputiert und unterdrückt wurde, heute, da Bundeswehresoldaten als US-Hiwis - und im Nebenamt bundesdeutsche Interessenvertretung - in Afghanistan wüten. Ist dies Frau Merkels Verständnis von "Frieden", so versteht sie unter "Freiheit" offensichtlich die Herrschaft kapitalistischer Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse und ihr entsprechende politische Bedingungen und Strukturen.

Für die Rechtfertigung eines solchen Friedens- und Freiheitsverständnisses ist eine verfälschte Sicht auf den Zweiten Weltkrieg, seine Ursachen und Verursacher, seine Betreiber und deren erfolgreiche Gegenspieler geradezu obligatorisch. Von welcher Seite man es auch betrachtet - die Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart ist offenkundig. Dem stellt sich auch unser Kolloquium.

Ich möchte meine einleitenden Bemerkungen nicht beenden, ohne eines langjährigen aktiven Mitstreiters zu gedenken, dem wir gestern die letzte Ehre erwiesen haben. Prof. Dr. Harald Neubert war unserem Arbeitskreis von Anbeginn eng verbunden. Durch nicht wenige Vorträge und Diskussionsbeiträge auf unseren Konferenzen, Kolloquien und Donnerstag-Veranstaltungen - und natürlich durch seine große wissenschaftliche und publizistische Produktivität - hat er unsere Arbeit befruchtet, uns bedeutsame Beispiele schöpferischer Auseinandersetzung mit dem historischen Stoff gegeben. Er wird uns sehr fehlen.

## **Kriegsvorbereitung und Kriegsende (1938/39)**

1933 stand Deutschland unter dem Versailler Diktat und war schwer von der Weltwirtschaftskrise getroffen. Weder Militär noch Wirtschaft, noch Innen- und Außenpolitik des Reiches waren auch nur entfernt kriegsfähig und kriegsbereit. Die "Wiederwehrhaftmachung", die die Hitler-Regierung auf ihre Fahnen geschrieben hatte, war ein gewaltiges Programm, das Jahre erforderte, was selbst die engagiertesten Verfechter des Regimes einsehen mussten.

Tempo und Umfang der Rüstung in den folgenden sechs Jahren waren weltweit aufsehenerregend und brachten Wirtschaft und Wirtschaftspolitik immer wieder in kritische Phasen. Die Wirtschaft wurde je länger, desto mehr auf Verschleiß gefahren. Es war der Krieg, auf den Politik und Wirtschaft hinsteuerten - und zwar offensichtlich auf Krieg in bedeutender Größenordnung. Seine Ziele - sein tiefstes Geheimnis - waren 1938/39 dem Volk, bis auf einen kleinen Kreis der Eingeweihten, unbekannt.

Als der deutsche Imperialismus 1939 erneut einen Krieg begann, von Anfang an Mächte herausfordernd, gegen die er schon im Ersten Weltkrieg verloren hatte, waren seine Ziele auf den ersten Blick denen von 1914 bis 1918 wieder sehr ähnlich. Ziele und Begriffe standen in seinen Plänen, die seit damals den herrschenden Kreisen geläufig waren:

- "Weltmachtstellung"
- Unterwerfung von Ländern, Auslöschung von Staaten in West und Ost
- Verdrängung und "Aussiedlung" von großen Teilen ihrer Bevölkerung
- Rassenkrieg ("Germanen gegen Slawen")
- Orgien wirtschaftlicher Eigentumsnahme und Ausplünderung
- Ausbeutung von Zwangsarbeitern.

Das müsste auch jenen bekannt sein, die bis heute penetrant nur von Hitlers Krieg und Hitlers Zielen reden.

Nach dem ersten Weltkrieg hatten "Mitteleuropa"- und "Paneuropa"-pläne Konjunktur: "von Petsamo bis Katanga" (Coudenhove-Kalergi), "von Bordeaux bis Odessa" (Carl Duisberg). Sie gründlicher zu studieren, hätte heute wieder einen aktuellen Bezug.

Unter der Nazidiktatur öffneten sich alle Schleusen für Anti-Versailles-Chauvinismus, nationalistischen Größenwahn, Weltmachtgeschwätz, Rassenhetze und pangermanischen Schwulst. Die ersten Ziele der neuen Wehrmacht, die Vereinnahmung Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, erreichte sie ohne Krieg, ohne Gegenwehr der Mächte. Erst der Einmarsch in Prag verschärfte die internationale Situation aufs Äußerste. Verzweifelt über Hitlers Raubzug in Europa, notierte Thomas Mann damals im amerikanischen Exil: "Die kapitalistische Welt wird durch ihr Hätschelkind, den Faschismus, zum Kriege gezwungen werden."

Wenn im folgenden die Endphase der Kriegsvorbereitung untersucht wird, dann beginnt diese Phase für mich bei der Gedankenbildung, die in Hitlers geheimer Rede vom 5. November 1937 vor den vier obersten Militärs und dem Reichsaußenminister ans Tageslicht kam.<sup>1</sup> Unmissverständlich wurde hier der Entschluss kundgetan zum kurzfristig bevorstehenden gewaltsamen Überfall Österreichs und der Tschechoslowakei, möglicherweise auch Polens, unter dem Risiko des Eingreifens der Westmächte und der UdSSR. Das war der unmittelbare Weg zum Krieg, der Startschuss für die operative Planung: "Fall Grün" (Tschechoslowakei), ein Jahr später "Fall Weiß" (Polen).

Die Ereignisse, die rasch zum Kriege trieben, setzten sich nach dem 5. November 1937 fort in den grundlegenden Revirements in der Wehrmachts- und Wirtschaftsführung und im Auswärtigen Amt und realisierten sich in der quasikriegerischen Okkupation Österreichs und der Tschechei. Hitler unterschrieb am 11. April 1939 die eilig vorbereitete Weisung für den Überfall auf Polen.

Zu dieser Zeit war bereits der mächtige Kriegsblock zwischen Nazispitze, Wehrmacht und Großwirtschaft zusammengewachsen. Seit der Münchner Krise war gerade ein halbes Jahr vergangen, und die maßgeblichen Kreise in Wehrmacht und Wirtschaft waren zum Krieg, auch zum großen Krieg, bereit. Vornan standen die hinter Göring versammelte Gruppe um Vierjahresplan/Reichswirtschaftsministerium/Reichsgruppe Industrie und die führenden Militärs in OKW und OKH, an der Spitze auch solche, die wie Generalstabschef Franz Halder und "Wehrwirtschafts"-General Georg Thomas oft noch heutzutage als eine Art Widerstandskämpfer gehandelt werden.

Görings Machtstellung als der erste Vertraute und Helfer Hitlers war damals unumstritten. Göring hatte den Österreich-Coup organisiert und befehligte die inzwischen hochgerüstete Luftwaffe. Hinter ihm stand der aggressive, dominierende Kern der Großindustrie, sein erster Gewährsmann war Carl Krauch aus der Spitze des IG-Farben Konzerns.

Generalstabschef Halder, jetzt der erste Heeresmilitär an Hitlers Seite, ein Ehrgeizling und miserabler Charakter, begrüßte Ende April 1939, in den Tagen der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages (von 1934) durch Hitler, intern vor Offizieren die "hervorragende, ich möchte sagen, instinktsichere Politik des Führers", die nun die Bahn zum Krieg gegen Polen freigemacht habe. Polen sei jetzt zu "zermalmen", müsse "nicht nur geschlagen, sondern liquidiert werden". Er nannte die weiteren kriegerischen Pläne und Ziele: "Wir müssen in spätestens drei Wochen mit Polen fertig sein, ja möglichst schon in 14 Tagen. Dann wird es von den Russen abhängen, ob die Ostfront zum europäischen Schicksal wird oder nicht. In jedem Fall wird dann eine siegreiche Armee, erfüllt von dem Geist gewonnener Riesenschlachten, bereit stehen, um entweder dem Bolschewismus entgegenzutreten oder - nach dem Westen geworfen werden."<sup>2</sup>

Seit der beschriebenen Konzentration der kriegswirtschaftlichen Regulierungsgewalt bei Görings Vierjahresplanklientel bildete sich eine enge Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Wehrwirtschaftsstab des OKW heraus, an die vorher, unter den jetzt in die Wüste geschickten Ministern Blomberg und Schacht, nicht zu denken war. Es war Generalmajor Thomas, seit Frühjahr 1938 Hitler und Keitel unterstellt, der selbständig auf den neuen strategischen Kurs der kompromisslosen Kriegsvorbereitung einschwenkte. Er schloss sich mit seinem Stab eng an die Führungsgruppe unter Göring an, in eben der Zeit, in der der Überfall auf Polen kurzfristig vorbereitet wurde.

Im folgenden beziehe ich mich auf drei weitgehend unbekannt oder unterbewertete Dokumente der erwähnten Kontrahenten, in denen diese maßgeblichen und bestinformierten Regimevertreter sich nicht nur im Klartext über den strategischen Charakter und den Umfang des kommenden Krieges als Großkrieg, ja als über Europa hinausreichend verständigten; viel mehr noch, sie trugen darin als Unterlage für Hitler die Voraussetzungen und materiellen Erfordernisse eines solchen Krieges in nüchterner, aber höchst eindringlicher und bestimmter Weise vor.

Alle drei Dokumente datieren vom April 1939 oder sind zu dieser Zeit im Stadium der Vorbereitung, also nach dem Einmarsch in Prag und in der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges gegen Polen.

In seinem großen Bericht an den "Generalrat des Vierjahresplans"<sup>3</sup> vom 20./21. April 1939 beschwor Krauch die Dringlichkeit einer umfassenden "Großraum"-Strategie angesichts des bevorstehenden Krieges. "Unser Wirtschaftsraum in Großdeutschland (ist) zu klein für eine volle Befriedigung der wehrwirtschaftlichen Mineralölanprüche." Die Einbeziehung Südosteuropas sei "die einzige und hoffnungsfreudige Möglichkeit", sich die fehlenden Rohstoffe, besonders Öl, "durch Einbeziehung eines wehrmachtsmäßig zu sichernden Raumes ... völlig zu sichern". Rumänien war das zentrale Objekt seiner Begierde, und er erörterte bereits den Materialbedarf für eine Pipeline über 2000 Kilometer von den Erdölfeldern von Ploiesti nach Regensburg. "Der einzige Weg, in den nächsten Jahren vor 1942/43 bereits eine laufende Deckung des neuen Mob.- (d. h. Kriegs- - D. E.) Bedarfes zu erzielen, ist (das) Freihalten des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes für Deutschland."

Wenn die Forderung nach der Beherrschung Südosteuropas und in erster Linie Rumäniens als Öllieferanten für den Krieg in sämtlichen untersuchten Geheimdokumenten geradezu gebetsmühlenartig wiederkehrt, so kann man sich deutlich vorstellen, wie erpresserisch und gewaltsam später, während der Kriegsjahre, die deutsche wirtschaftliche und militärische Vormachtstellung auf den rumänischen Erdölfeldern durchgesetzt wurde.

Die Denkschrift aus dem Wehrwirtschaftsstab mit dem Titel "Die Mineralölversorgung Deutschlands im Kriege"<sup>4</sup>, ebenfalls vom April 1939, bis vor kurzem in der Forschung genau so unbekannt wie die Rede Halders, entstand in enger Zusammenarbeit mit der Göring-Krauch-Gruppe - war Thomas doch selbst Mitglied des "Generalrats des Vierjahresplans". Schon die von Krauch erwähnte Pipeline 2000 Kilometer quer durch Europa lag der Denkschrift als Kartenskizze bei, hier weitergeführt bis Minden/Hannover. Doch war der Ton militärisch deutlicher, die Sprache bestimmter. Im Blickfeld war von vornherein die Planung des bevorstehenden Angriffskrieges, in dem "die Feindschaft der Weststaaten und Sowjetrußlands und feindlich eingestellte Neutralität Belgiens, Hollands, Dänemarks, Norwegens und Polens" vorausgesetzt war. Eine

Seeblockade sei unvermeidlich. Rumänien sei als indifferent einzuschätzen. In Rumänien liege aber die Lösung des Ölproblems. "Vordringliches Kriegsziel muß deshalb unabdingbar die Beherrschung der Deutschland nächstgelegenen und feindlichen Einwirkungen tunlichst entrückten Erdölgebiete sein."

Die "Forderungen an die Wehrmacht" lauteten entsprechend eindeutig: "1. Beherrschung der rumänischen Ölfelder und somit des gesamten Donaauraums. 2. Durchführung der Besetzung unter Vorbedacht der Erhaltung und Betriebsfähigkeit der rumänischen Erdölindustrie. 3. Schutz der Transportwege, Erdölanlagen, Raffinerien und Tanklager." Der Gefahr einer womöglich noch gründlicheren Zerstörung als 1916 müsse dabei vorgebeugt werden. Sonst "brächen die ange-stellten Berechnungen in sich zusammen, und Rumänien würde für längere Zeit als Erdölliefe-rant ausfallen". Zu gut erinnerte sich die deutsche Militärführung noch der Lahmlegung der ru-mänischen Erdölförderung durch britische Ingenieure und Arbeiter, als des Kaisers deutsche Truppen des Erdöls wegen 1916 in Rumänien einfielen.

Siegesgewiss plante man aber diesmal nicht nur die Inbesitznahme der rumänischen Erdöl-quellen, sondern "erforderlichenfalls" schon den Einsatz des "militärischen Mittels" auch für die Besetzung der Förderstätten des estnischen Ölschiefers und des galizischen Erdöls (Polen). Das gleiche galt für "das größte und lohnendste Ziel ...: die Beherrschung des gewaltigsten Erd-ölgebietes Europas, Kaukasien". Schließlich war den Militärs der Vormarsch des kaiserlichen Generals Erich Ludendorff nach Georgien noch gut in Erinnerung und sein Plan vom Herbst 1918, das Öl von Baku zu erobern; ein Plan, der damals freilich rasch am allgemeinen deut-schen Zusammenbruch scheiterte.

Die bedeutendste Denkfabrik Hitlers und Görings auf kriegswirtschaftlichem Gebiet war die erwähnte, von industriellen Experten dominierte Vierjahresplangruppe unter Carl Krauch. Seit April/Mai stellte diese Gruppe die dritte hier behandelte Ausarbeitung zusammen, die ebenso wenig bekannte, sensationelle Untersuchung über "Möglichkeiten einer Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung"<sup>5</sup> - die weitaus wichtigste Unterlage für die NS-Spitze. Sie war 70 Sei-ten stark und trug das Datum vom Juli/August 1939.

Die Autoren hatten es sich zur Aufgabe gemacht, "Blockadesicherheit" für den zu erwarten-den "in den nächsten Jahren eintretenden" größeren Krieg von langer Dauer zu schaffen. In dem ausführlichen Anlagenteil wurden die Aussichten zur Beschaffung von 30 Produkten unter-sucht, von Eisenerz bis zu Phosphaten, sämtlich "industrielle Rohstoffe, soweit sie von ent-scheidender wehrwirtschaftlicher Bedeutung sind".

20 Staaten sollten hiernach binnen drei bis vier Jahren "unter deutscher Führung", in entspre- chender politischer, militärischer und organisatorischer Abhängigkeit, ihre Kräfte planmäßig (Muster: deutscher Vierjahresplan) in einer Großraumwehrwirtschaft" vereinen. So könne Deutschland, nach Krauch, im kommenden Krieg "den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt" gewachsen sein. Man brauche für diese Art von "friedlicher" Kooperation alle Länder, von Finnland bis zur Türkei, von Bulgarien bis Portugal; ausdrücklicher Wert wurde auf den "Nord- raum" (Skandinavien) und auf die Rohstoffe Russlands ("uns freundschaftlich") gelegt.

Diese Länder sollten von einer "Zentralstelle" aus, nachgebildet der Vierjahresplanbehörde, unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Industrieller in "produktionstechnische" und "liefe-rungsmäßige" Abhängigkeit gebracht werden. Ein frappierendes Beispiel bot der Abschnitt über "Mineralöl": Für den "Großraum" müssten im "Mob-Fall" 23,85 Millionen Tonnen jährlich zur Verfügung stehen - eine vergleichsweise großzügige Schätzung, besonders begründet mit den "steigenden Forderungen der deutschen und den hohen Anforderungen der italienischen Kriegsmarine". Die deutsche Erzeugung auf synthetischer Basis würde, wie planmäßig einge-leitet, auf das Zweieinhalbfache gesteigert werden. Vor allem aber müsse Rumänien als einzig erreichbarer großer Ölproduzent seine Gesamtförderung an Erdöl auf das Doppelte (!) gegen- über 1938 bringen; sein gesamter Ölexport müsse mittels einzurichtender Pipeline-, Schiffs- und Bahntransporte ausschließlich nach Deutschland fließen. Das bedeutete: Drosselung des eige-nen Friedensbedarfs an Erdöl und Sperrung der Ölausfuhr zum Weltmarkt; Mehrerzeugung von sechs bis sieben Millionen Tonnen Erdöl und ein ausgedehntes Bohrprogramm (im ganzen Südostraum); volle Inbetriebnahme der Erdölverarbeitungskapazitäten; Bau von Pipelines nach Deutschland und Italien. Trotzdem müssten zur Überbrückung von einem "Mob-Jahr" acht Millio-nen Tonnen Treibstoff rechtzeitig eingelagert werden, was allein 385 Millionen Reichsmark er-fordere - von insgesamt rund 900 Millionen Reichsmark für alle zu bevorratenden Rohstoffe im ersten Jahr. Für Rumänien bedeutete dieser Plan eine halbkoloniale Zukunft auf unabsehbare

Zeit. Kein Rumäne hatte selbstverständlich auch nur die geringste Ahnung von dem Schicksal, das seinem Land hiernach vorbestimmt war.

Sollten sich die betroffenen Länder der "deutschen Führung" nicht ohne Gewalt unterwerfen, etwa wenn eine "militärische Auseinandersetzung mit Russland bzw. Polen" nötig sei, auch bei Ausfall des "Nordraums", so empfehle sich "eine dem Maß des Lieferausfalls entsprechende Verlagerung des Schwerpunkts der Kriegführung auf den chemischen Krieg, besonders aus der Luft". Da war sie, die deutlich ausgesprochene Absicht, unbotmäßige Länder mit Giftgas zur Räson zu bringen! Seit einem Jahr lagen in den Geheimschränken Krauchs und der Giftgasexperten der IG Farben schon ein ganzes Bündel von ausführlichen Ausarbeitungen über die großen Möglichkeiten und Vorteile des Gaskrieges<sup>6</sup>, für den die erfahrene deutsche Großchemie dem Reich eine sichere und überlegene Kampfkraft zu gewährleisten sich erbot.

Es ist nicht leicht abzuwägen, ob in dem hochgeheimen, fachmännisch erarbeiteten Dokument der Größenwahn der revanchedürstenden und expansionswütigen Kräfte des deutschen Imperialismus überwog oder ihre Unsicherheit wegen des ungeheuren Risikos, das sie einzugehen entschlossen waren.

Hitler hat fraglos - über Göring - vom Inhalt, von den Forderungen und Problemen der untersuchten Dokumente, besonders der beiden Denkschriften, erfahren. Er hat sich zu dieser Zeit, in der er zum Krieg entschlossen war, intensiv auch mit dem Stand der wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft befasst und wusste, dass die Gegenseite begonnen hatte, entschieden aufzurüsten. Das war der Fall vor allem seit 1938 in Großbritannien (Royal-Navy-Programm; Luftwaffen-"Scheme L"), in Frankreich (Verdoppelung des Militärhaushalts) und auch in den USA, in denen seit der Pogromnacht vom 8./9. November 1938 die öffentliche Meinung sich mehr und mehr dem Antinazikurs Roosevelts anschloss. Die deutsche Rüstung hingegen hatte 1937 zum ersten Mal stagniert. Devisennot und Rohstoffknappheit mussten, wenn die Rüstung nach wie vor mit Riesenprogrammen beschäftigt war, massiv auf die zivile Wirtschaft durchschlagen (Einstellung des privaten Wohnungsbaus; Stahlmangel; Investitionsnot der Reichsbahn; Arbeitskräftemangel).

Hitler verfolgte dennoch den "Fall Weiß" strikt und löste schließlich am 1. September den Krieg aus, obwohl er diesmal mit einer sofortigen militärischen Reaktion Großbritanniens und Frankreichs rechnen musste und auch rechnete. Einem Wettrüsten, an dem sich früher oder später auch die USA beteiligen würden, war die deutsche Wirtschaft nicht lange mehr gewachsen. Vor allem zählte er darauf, dass vorläufig Deutschlands Armee und Luftwaffe in Europa die stärksten waren. Das Dilemma war, wie er mehrfach betonte, sowieso nur mit "Bluteinsatz" zu lösen. Er versuchte, Mussolini seinen Entschluss vom frühen "Losschlagen" plausibel zu machen; er habe es, erklärte er (8. März 1940), wegen der in Gang befindlichen Rüstungen der Westmächte vorgezogen, "den vom Westen beabsichtigten Krieg zwei oder drei Jahre früher auszulösen", um nicht in West und Ost ins Hintertreffen zu geraten.<sup>7</sup>

So oder so: Den Krieg zu beginnen, barg ein ungeheures Risiko, war ein Vabanquespiel der faschistischen Koalition; ungleich aussichtsloser noch als 1914 angesichts der neuen Konstanten der Welt von 1939: der überwältigenden Wirtschaftsmacht der USA, der im Osten heranwachsenden sozialistischen Weltmacht UdSSR und des weltweiten Widerstands gegen die faschistische Barbarei. Die verbrecherischen Ziele des neuen Krieges und die neue Stufe der Unmenschlichkeit bei ihrer Verwirklichung zu schildern, ist ein anderes Thema.

#### **Anmerkungen:**

1 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. 25, Nürnberg 1947, S. 402 ff., Dok. PS-386.

2 Rede Halders vom April 1939. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1997, S. 480 ff.

3 Krauch-Bericht vor dem "Generalrat des Vierjahresplan", 20./21. 4. 1939. In: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte, 1969, Teil II, S. 83 ff. (S. 98).

4 Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, Wi/I.37.

5 Bundesarchiv Berlin, R 3112/53. Gedruckt in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", H. 1-4/1986, S. 70 ff.

6 Ebenda, R 3112/133.

7 Akten der deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. VIII, Dok. 663, Hitler an Mussolini, 8. 3. 1940.

Prof. Dr. Stefan Doernberg

## Zur historischen Wertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags von 1939

Anlässlich des 70. Jahrestages der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland stand dieser Gedenktag in vielen europäischen Ländern stärker im Mittelpunkt der Öffentlichkeit als in der letzten Zeit. Zum Teil hing das wohl damit zusammen, dass sich heute der militärische Faktor in der Politik einiger Staaten wieder einer traurigen Renaissance erfreut und gerade auch europäische Staaten erneut an Kriegen teilnehmen. Darunter auch Deutschland. Die Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen wurde aber in ganz unterschiedlichen Medien vielfach dafür missbraucht, alte und schon längst authentisch widerlegte Mythen erneut aufzutischen. Zu ihnen gehört die Behauptung, dass sich die UdSSR mit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages eine erhebliche Mitschuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges aufgeladen habe. Abgesehen davon, dass schon vorher andere europäische Staaten, vor allem Großbritannien und noch früher auch Polen ähnliche Vereinbarungen mit Deutschland unterzeichnet hatten, werden absichtlich die konkreten historischen Umstände verschwiegen, unter denen Molotow als Außenminister der UdSSR in Anwesenheit Stalins seine Unterschrift am 23. August 1939 setzte.

In Wirklichkeit stand nicht nur die Absicht, sondern selbst das Datum des deutschen Überfalls auf Polen bereits seit Monaten exakt fest. In der von Hitler und dem Chef des OKW Keitel am 11. April 1939 ergangenen Weisung zur Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40 hieß es zum "Fall Weiß": Aufgabe der Wehrmacht sei es, die polnische Armee durch einen überraschenden Angriff zu vernichten. Die notwendigen Vorbereitungen sollen so getroffen werden, dass die Durchführung der Weisung ab 1. September 1939 jederzeit möglich ist. Präzisierte Aufgaben der Wehrmachtsteile sind dem OKW bis zum 1. 5. 1939 einzureichen.<sup>1</sup> ...

Nach heutigen Erkenntnissen dürfte dies den Geheimdiensten anderer Staaten nicht entgangen sein. So hatte die sowjetische Militäraufklärung Anfang Mai 1939 aus Warschau zusätzlich bereits Kenntnis erhalten, dass deutscherseits bis zum August alle notwendigen Vorbereitungen für einen Überraschungskrieg gegen Polen abgeschlossen sein sollen. Es gelte den strategischen Widerstand der polnischen Armee in acht bis 14 Tagen zu brechen.<sup>2</sup> Darüber hinaus aber machten damals schon die ganz öffentlich propagierte Forderung nach einem Anschluss von Danzig wie weitere deutsche Gebietsansprüche unmissverständlich deutlich, dass dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus keine Grenze gesetzt ist.

Auch hierzu gab es bemerkenswerte Erkenntnisse, die der sowjetische Geheimdienst aus Warschau über einen Umweg von deutschen Journalisten und Diplomaten erhalten hatte. Danach hatte Hitler in einem vertraulichen Gespräch mit Ribbentrop, dem Chef des Auswärtigen Amtes, im April 1939 unmissverständlich erklärt: Zunächst sei Polen an der Reihe, dann folge die westliche Phase, die mit der Niederlage Frankreichs und Großbritanniens - erreicht auf politischem oder militärischem Wege - enden werde. Erst danach sei die große entscheidende Auseinandersetzung mit der Sowjetunion möglich. Davor würde Deutschland zeitweise eine Neutralität der baltischen Staaten anstreben, wenn sich diese entschieden von der Sowjetunion abwendeten. Zu gegebener Zeit könnte Deutschland diesen Status natürlich auch brechen.<sup>3</sup>

Bereits seit Mitte der dreißiger Jahre war in vielen europäischen Ländern die Erkenntnis gewachsen, dass der Frieden auf dem Kontinent immer mehr bedroht war. Sie mündete zugleich in erste Vereinbarungen zur Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems, darunter zu entsprechenden Abmachungen der Sowjetunion mit der Tschechoslowakei und Frankreich über gegenseitigen Beistand bei der Abwehr einer deutschen Aggression. Sie hätten 1938 wirksam werden können und nicht nur die Aggressionsabsichten Hitlers gegen die Tschechoslowakei durchkreuzt, sondern auch dazu beigetragen, die dann 1939 erfolgte Entfesselung des neuen Weltkrieges zu verhindern.

Das Münchner Komplott der Regierungschefs von Großbritannien und Frankreich mit den Machthabern Deutschlands und Italiens wies in eine andere Richtung. Es begünstigte sogar, wie es sich recht bald offen zeigte, neue Aggressionsgelüste der faschistischen Staaten. Nur ein halbes Jahr später, im März 1939, erfolgte die Zerstückelung der Tschechoslowakei, wobei der westliche Teil von der Wehrmacht besetzt und zu einem Protektorat von Deutschland erklärt wurde. Auch Polen konnte sich Gebiete der CSR einverleiben, wurde damit zu einem Teilhaber an der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Fast zur gleichen Zeit wurde das Memelgebiet Li-



tauens von Deutschland annektiert. Die Ausgangspositionen für die Entfesselung eines Krieges, besonders gegen die Sowjetunion, hatten eine neue Stufe erreicht.

Die Zugeständnisse der europäischen Westmächte wurden als Appeasement-Politik bezeichnet, als eine Befriedungspolitik zur Verhinderung eines Krieges hingestellt. Sie sollten zumindest einen Zeitgewinn für eine spätere Abwehr weiterer deutscher Aggressionspläne ermöglichen. Dabei waren sie nicht nur ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht, da das Diktat von München die Souveränität der CSR brüskiert hatte. Nicht grundlos konnte die Befriedungspolitik auch als ein Versuch aufgefasst werden, weitere Aggressionspläne der faschistischen Achsenmächte, falls ihre Durchsetzung nicht zu verhindern sei, zumindest ostwärts zu kanalisieren. Die nach 1917 auch öffentlich bekundete antisowjetische Haltung von Großbritannien, Frankreich wie auch Polens rechtfertigte diesen Verdacht. Eine Abkehr von der gescheiterten Befriedungspolitik und die Hinwendung zur Schaffung eines kollektiven Systems der europäischen Sicherheit hätte jedoch auch 1939 noch die akute Gefahr eines Krieges abwenden, zumindest aber ihr Ausmaß vermindern können.

Die Sowjetunion hatte sich bereits seit Jahren sowohl im Völkerbund wie bilateral für ein antifaschistisches Verteidigungsbündnis ausgesprochen. Im Frühjahr 1939 zeigte auch Großbritannien erstmals die Bereitschaft zu Verhandlungen mit der UdSSR über den Abschluss von Verträgen über den gegenseitigen Beistand zur Abwehr von Aggressionsakten. Während aber die von London formulierten Passagen recht allgemein waren, beharrte man in Moskau darauf, dass in der immer mehr zugespitzten Situation jetzt unbedingt konkrete Verpflichtungen erforderlich seien. Erfahrungen der letzten Jahre, auch die einseitige Nichteinhaltung bestehender Beistandspakte und Vereinbarungen durch die Westmächte hatten die Notwendigkeit einer solchen Konkretisierung, darunter militärischer Verpflichtungen deutlich unterstrichen. Zudem gab es unterschiedliche Hinweise, dass die britische Regierung ein höchst gefährliches Doppelspiel betrieb. Gegenüber der Sowjetunion beteuerte sie ihr Interesse an einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis als Antwort auf die unverhüllten Aggressionsabsichten der faschistischen Mächte, insbesondere Deutschlands. Zugleich wies der britische Premierminister Neville Chamberlain im Unterhaus mündlich im Mai und dann auch schriftlich in Beantwortung einer Anfrage auf die Bereitschaft hin, unter entsprechenden Bedingungen konstruktive Gespräche mit der deutschen Regierung über deren territoriale und andere Forderungen an Polen wie auch weitere Länder aufzunehmen. Einzige Voraussetzung sei, dass Berlin vorher, sei es durch eine mündliche Erklärung, auf die Anwendung militärischer Gewalt verzichte.

In Wirklichkeit gingen die Sondierungen jedoch viel weiter. Intern wurden im Juli und August 1939 zusätzlich Vorschläge erörtert, die auf einen Pakt hinausliefen, der die Abgrenzung oder Aufteilung der Interessensphären zwischen beiden Mächten vorsehen sollte. In London war man bereit, Osteuropa einschließlich der UdSSR als Interessensphäre des Deutschen Reiches anzuerkennen, wenn die Machthaber in Berlin sich von einer Einmischung in anderen Staaten des Kontinents distanzieren. Darüber hinaus könnte nach britischen Vorstellungen auch eine Abgrenzung der Interessensphären in Afrika Gegenstand weiterer Verhandlungen sein. Der Kreml hatte von diesem Doppelspiel und dessen Gefährlichkeit Kenntnis genommen, darunter auch durch Berichte des sowjetischen Botschafters in London Iwan M. Maiski. Nach Kriegsende wurden dann viele Details der damaligen Verhandlungen bekannt, an denen Horace Wilson als engster Mitarbeiter des britischen Premiers Chamberlain wie Beauftragte von Göring, so der Staatsrat Helmuth Wohlthat aus dem Amt für den "Vierjahresplan", oder der deutsche Botschafter in London Herbert von Dirksen mitwirkten. Sie sind seit Jahrzehnten veröffentlicht wie auch der "Fall Weiß" oder der 1940 verabschiedete "Plan Barbarossa" zum Überfall auf die UdSSR und andere Dokumente aus der Zeit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs.<sup>4</sup>

Den ganzen Sommer lang gingen zugleich 1939 die Verhandlungen zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich über eine Zusammenarbeit zur Abwehr einer drohenden deutschen Aggression weiter. Erst nach längeren Aufforderungen erklärten sich London und Paris Ende Juli bereit, bevollmächtigte Vertreter nach Moskau zu entsenden, um die notwendigen Details, darunter die militärischen Aspekte des geplanten Bündnisses zu beraten und zu vereinbaren. Die hierzu schließlich entsandten Delegationen erhielten aus London jedoch den Auftrag, ein möglich langsames Tempo bei den Verhandlungen einzuschlagen, ja nichts zu überstürzen. Bezeichnenderweise begannen sie den Weg nach Moskau auf einem langsam fahrenden Dampfer, trafen erst am 11. August in Moskau ein. Dann erwies sich, dass beide Leiter keinerlei Vollmachten für die Unterzeichnung eines Abkommens hatten. Sie waren lediglich bevoll-

mächtigt, Sondierungsgespräche zu führen. Während der Verhandlungen unterbreitete lediglich die hochrangige sowjetische Delegation (sie wurde vom Volkskommissar für Verteidigung und vom Chef des Generalstabs geleitet) konkrete Vorschläge, mit welchen Truppen und in welcher Form die UdSSR die für den Bündnisfall vorgesehenen Verpflichtungen erfüllen würde. Die Delegationen Großbritanniens und Frankreichs wichen einer Diskussion aus, unterbreiteten keine konkreten Vorschläge, wie das gemeinsame Bündnis einer drohenden Aggression Deutschlands entgegenwirken sollte. Zudem bestand die polnische Regierung darauf, dass die Truppen der Sowjetunion auch bei einem deutschen Überfall auf Polen weiter auf sowjetischem Boden verblieben. Damit wäre es der Wehrmacht möglich gewesen, nach einem Durchmarsch durch Polen den Krieg unmittelbar auf das Territorium der UdSSR auszudehnen.<sup>5</sup>

Und das vollzog sich in einer Situation, da sich die Sowjetunion de facto bereits im Zustand eines nicht erklärten Krieges befand. Nach den schon 1938 verübten provokatorischen Überfällen hatte Japan vom besetzten Nordchina her die Mongolei und die mit ihr verbündete UdSSR im Sommer 1939 mit erheblichen militärischen Kräften, darunter Panzern, angegriffen. Die seit Wochen anhaltenden Kämpfe hatten schon viele Opfer gefordert. Die Gefahr eines Zweifrontenkrieges schwebte somit über der UdSSR. Dabei konnte man sich nicht sicher sein, wie sich die europäischen Westmächte überhaupt in den nächsten Wochen und Monaten verhalten würden. Großbritannien hatte im Juli 1939 eine Vereinbarung mit Japan getroffen, in dem die japanische Besatzungspolitik in China, auch ihre "Neuordnung im Fernen Osten", als legitim bezeichnen würde. Die Zeit drängte daher auf Entscheidungen, auch nicht erwünschte, da mit weiter wachsenden Gefahren für den Frieden und dabei ganz unterschiedlichen Varianten schon in nächster Zeit gerechnet werden konnte.

Deutscherseits wurden die sich in die Länge ziehenden Verhandlungen genau verfolgt. Die von den Westmächten angewandte Verzögerungstaktik wie noch mehr die britischen Angebote für ein neues Komplott mit Deutschland bestärkten Hitler und seine Umgebung in der Auffassung, dass Großbritannien und auch Frankreich trotz ihrer anders lautenden Zusagen und selbst schriftlichen Verpflichtungen Polen im Fall eines Krieges weitgehend im Stich lassen würden. Daraus aber sah man sich in Berlin noch mehr in der schon vorher angedachten Absicht bestätigt, nach der Niederschlagung Polens zunächst die Aggression gegen die westeuropäischen Staaten zu richten, nach Möglichkeit Frankreich und Großbritannien in die Knie zu zwingen und dann erst als europäische Vormacht den Hauptfeind, nämlich die Sowjetunion, anzugreifen und zu vernichten. Auf diese Weise sollte auch in Erinnerung an den Weltkrieg von 1914/18 und die in ihm erlittene deutsche Niederlage ein Zwei-Fronten-Krieg verhindert werden. Eben dazu sollte das Angebot eines Nichtangriffspaktes mit der UdSSR dienen, wobei schon damals erwogen war, ihn zu einem günstigen und von der politischen und militärischen Führung des faschistischen Staates bestimmten Zeitpunkt zu brechen.

Bezeichnenderweise hatte der britische Premier Chamberlain dann nur einen Tag vor der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages, also am 22. August, unmittelbar Hitler erneut ein Angebot zu dringend gewünschten Verhandlungen übermittelt, die inhaltlich an das vorjährige Komplott von München anknüpften. Sie sollten zwar zunächst einen drohenden Krieg oder militärischen Konflikt verhindern, zugleich aber darüber hinaus einen recht breit gefächerten Problemkreis der internationalen Beziehungen betreffen, um Vereinbarungen zu ermöglichen, die im gegenseitigen Interesse liegen. Hitler legte das am gleichen Tag in einer Ansprache vor der deutschen Generalität als einen weiteren Hinweis aus, dass Großbritannien Polen militärisch nicht zu Hilfe kommen würde. Er sollte Recht behalten, wie unlängst der Stellvertreter des Chefs des russischen Generalstabs in einem Beitrag zur Situation bei Beginn des Zweiten Weltkriegs bemerkte. Hitlers Annahme, durch die Haltung Großbritanniens und eine vorgetäuschte Versöhnung mit dem eigentlichen Hauptfeind bei dem Streben des faschistischen Deutschlands nach europäischer Vorherrschaft und Welthegegonie zumindest einen Zweifrontenkrieg völlig auszuschließen, erwies sich jedoch als Fehlkalkulation. Doch das wurde erst Jahre später zur historischen Wirklichkeit und war zudem mit Millionen und aber Millionen menschlichen Opfern verbunden, was eben 1939 noch vermieden werden konnte.

Militärisch waren zu diesem Zeitpunkt alle Vorbereitungen für den Überfall auf Polen getroffen. Über 50 Divisionen der Wehrmacht, darunter 8 Panzerdivisionen, sowie 2000 Flugzeuge standen bereit. Es fehlte nur der Vorwand. Er wurde dann mit dem vorgetäuschten polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz ausgeheckt. Die Wehrmacht musste am 1. September angeblich nur "zurückschießen".

Die Entwicklung nahm 1939 ihren katastrophalen Verlauf. Erst als die Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich eindeutig in eine Sackgasse geraten waren, sich nicht einmal ein Ansatz für ein Verteidigungsbündnis zur Verhinderung oder zumindest gemeinsamen Abwehr einer unmittelbar drohenden deutschen Aggression bot und sich die Sowjetunion mehr und mehr international isoliert fühlen musste - das in einer höchst unberechenbaren Situation, da ihre Sicherheit im Westen wie im Osten bedroht war -, zog der Kreml eine unerwartete, durchaus nicht erwünschte Notlösung vor. Von deutscher Seite waren seit dem Mai 1939 mehrfach Verhandlungen über eine Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und darüber hinaus über einen politischen Kompromiss vorgeschlagen worden. Die UdSSR zog jedoch weiter den positiven Abschluss der Verhandlungen über ein Bündnis mit den Westmächten zur Sicherung des Friedens vor. Erst am 15. August signalisierte sie Bereitschaft zu Sondierungen über den Abschluss eines Nichtangriffsvertrags mit Deutschland. Entwürfe konnten dann schon vier Tage später ausgetauscht werden. Und am 23. August 1939 wurde der Nichtangriffsvertrag zwischen beiden bisher extrem verfeindeten Staaten samt einem geheimen Zusatzprotokoll in Moskau unterzeichnet. So war der für viele so ganz ungewöhnliche Pakt ein Schnellschuss.

Den deutschen Überfall auf Polen, der in die Entfesselung eines Weltkriegs mündete, konnte der Nichtangriffspakt nicht verhindern. Doch er hatte insgesamt mehr positive als negative Folgen für den weiteren Kriegsverlauf, trug auf seine Weise dazu bei, dass die Aggressoren ihre verbrecherischen Pläne schließlich nicht völlig verwirklichen konnten. Das dürfte für das Zusatzprotokoll letztlich ebenfalls gelten, wenn auch einige seiner Formulierungen für einen sozialistischen Staat von Anfang an unhaltbar waren. Der Kongress der Volksdeputierten erklärte daher in seinem am 24. 12. 1989 gefassten Beschluss, dass der Inhalt des Vertrages von den Völkerrechtsnormen und der Vertragspraxis der Staaten zwar nicht abweiche, die damals für solche Regelungen üblich waren. Dagegen stelle aber das unterzeichnete Geheimprotokoll methodisch wie inhaltlich eine Abkehr von den Leninschen Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik dar. Bezogen wurde das auf eine Abgrenzung von "Interessensphären" wie das Verhalten zum Souveränitätsprinzip.

Es ist bemerkenswert, dass gerade von britischen Politikern bei ihren vertraulichen Gesprächen mit Repräsentanten des "Dritten Reichs" die beiderseitige Abgrenzung von Interessensphären hervorgehoben wurde. Selbst ein Vertreter der Opposition, der Labour-Politiker Lord Buxton, verband in Sondierungsgesprächen über eine solche Vereinbarung dies mit dem Versprechen, das Großbritannien dann auch jegliche Paktverhandlungen mit der Sowjetunion aufgeben werde und Frankreich zu einem gleichen Schritt veranlassen würde. Moral spielt in der Politik bekanntlich nie eine ausschlaggebende Rolle. Das zeigte sich auch 1939 ganz deutlich. So enthielten die Zusatzprotokolle zweifellos amoralische Passagen. Sie ergaben sich auch aus nationalistischen Vorbehalten bei der Bewertung von länger zurück liegenden Ereignissen, nicht zuletzt aus den russisch-polnischen Beziehungen. Bis heute sind sie spürbar, beeinflussen sie noch Denkmuster.

Der volle Wortlaut des Nichtangriffspaktes wurde bereits am 24. August 1939 veröffentlicht. Das erwies sich in Deutschland wie in der Sowjetunion, aber auch weltweit als eine sensationelle Nachricht. Über den Abschluss eines Zusatzprotokolls mit weitgehenden Vereinbarungen wurde nichts bekannt. ... Die Entwicklung, wie sie sich nach dem 1. September 1939 konkret vollzog, deutete zweifellos darauf hin, dass es im Zusammenhang mit dem Nichtangriffsvertrag eine wie auch geartete, schriftlich oder nur mündlich formulierte Übereinstimmung darüber gegeben haben musste, dass die deutsche Regierung eine Begrenzung ihrer möglichen territorialen wie anderen Ansprüche und Forderungen akzeptiert hatte. In der üblichen diplomatischen Praxis kapitalistischer Staaten wurde das als Abgrenzung von Interessensphären vereinbart. Das Münchner Komplott von 1938, das zudem eine Zerstückelung der Tschechoslowakei sanktionierte und den Weg zur Auslöschung der CSR als souveränen Staat ebnete, ist neben anderen Abmachungen ein Musterbeispiel dafür. Dennoch durfte ein sozialistischer Staat von kapitalistischen Staaten geprägte Formulierungen nicht übernehmen. Das galt um so mehr für eine Vereinbarung, dass sich beide Regierungen später, falls erforderlich, verständigen würden, noch dazu freundschaftlich, ob überhaupt die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates und in welchen Grenzen erwünscht sei. ...

Die Bedeutung dieser Formulierungen sollte wohl auch insofern nicht überbewertet werden, da sie zumindest bis zum Kriegsende nur einem ganz kleinen Kreis Eingeweihter bekannt waren. Nicht sie, sondern nur die veröffentlichten Dokumente und noch mehr ihre unmittelbaren

Folgen, vor allem die Tatsache, dass die Sowjetunion bis 1941 noch nicht in den europäischen Krieg verwickelt war, fanden eine Resonanz in der Sowjetunion selbst wie in der internationalen Öffentlichkeit. Aber auch nach dem Auftauchen erster Informationen über eine Existenz von geheimen Zusatzprotokollen wurde dies zweifellos davon überschattet, dass die Sowjetunion, wie damals unumstritten anerkannt, den entscheidenden Beitrag zur Rettung der menschlichen Zivilisation vor einem Absturz in die Barbarei geleistet hatte. Zu keinem Zeitpunkt zuvor wie auch danach war das weltweite Ansehen der Sowjetunion, und dies als sozialistischer Staat dank ihrer antifaschistischen Haltung wie ihrer Friedenspolitik, so hoch. Weitgehend gab es auch ein Verständnis dafür, dass sowjetische Truppen in Ostpolen einmarschiert waren. In einer Note, die von der Regierung der UdSSR hierzu am 17. September 1939 der Botschaft Polens in Moskau übergeben wurde, hieß es dazu: "Die polnische Regierung ist zerfallen und gibt kein Lebenszeichen von sich. Das bedeutet, dass der polnische Staat und seine Regierung faktisch zu existieren aufgehört haben ... Polen ist zu einem günstigen Feld für alle möglichen Zufälle und unerwarteten Ereignisse geworden, die zu einer Bedrohung der UdSSR werden können. Deshalb kann die sowjetische Regierung, die sich bisher neutral verhielt, gegenüber diesen Tatsachen nicht mehr neutral bleiben ... Angesichts dieser Lage hat die sowjetische Regierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen den Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der Westukraine sowie Westbeloruslands unter ihren Schutz zu stellen."<sup>6</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren Einheiten der deutschen Wehrmacht bereits im Widerspruch zu den im Zusatzprotokoll definierten Vereinbarungen viel weiter nach Osten vorgestoßen und hatten selbst einige Teile der Westukraine sowie Westbeloruslands besetzt. Erst nachdem die Rote Armee die Ostgrenze Polens überschritten hatte, wurde zwischen dem Volkskommissariat für Verteidigung der UdSSR und dem deutschen Oberkommando des Heeres vereinbart, dass die deutschen Truppen sich ab 22. September täglich 20 km allmählich wieder zurückziehen, um bis zum 4. Oktober 1939 schließlich die Weichsel bei Warschau zu erreichen.<sup>7</sup> Danach wurde in der Presse ein deutsch-sowjetisches Kommuniqué veröffentlicht, in dem die bereits im Zusatzprotokoll einen Monat vorher anvisierte Demarkationslinie öffentlich bestätigt wurde. In diesem hieß es: "Die deutsche Regierung und die Regierung der UdSSR haben eine Demarkationslinie zwischen den deutschen und sowjetischen Armeen festgelegt." Sie wurde ganz exakt beschrieben<sup>8</sup> und sollte entlang des Hauptlaufs der Weichsel bzw. nördlich und südlich entlang ihrer Nebenflüsse verlaufen, damit einige Hunderte Kilometer weiter westlich, als dann nur eine Woche später der Verlauf der "Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates" laut dem in der Presse veröffentlichten "Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag" neu definiert wurde.<sup>9</sup>

Bei aller gerechtfertigten Kritik an den textlichen Formulierungen der 1939 unterzeichneten Vereinbarungen sollten diese für die generelle Bewertung des Pakts, selbst der Zusatzprotokolle, nicht ausschlaggebend sein. Dabei gehe ich davon aus, dass die Übernahme kapitalistischer Praktiken nicht allein und wohl auch nicht primär durch die Hast bei ihrer Verabschiedung verschuldet wurde. Sie entsprachen auch gewissen imperialen Denkmustern Stalins, seinem Hang, die früheren Grenzen des vorrevolutionären Russlands wiederherzustellen. Trotzdem dürfte nicht dies das Entscheidende für die historische Bewertung der 1939 mit dem faschistischen Deutschland getroffenen Vereinbarungen sein. Sie waren eine durch Großbritannien, Frankreich aber im besonderen Maße auch durch Polen erzwungene Notlösung, da diese Staaten es waren, die ein wirksames antifaschistisches Bündnis zur Verhinderung eines neuen Weltkriegs verhindert hatten. Die Vereinbarungen vom 23. August 1939 ermöglichten, dass die Sowjetunion nicht schon damals, und das unter äußerst negativen Bedingungen und mit wahrscheinlich katastrophalen Folgen, unmittelbar in den Weltkrieg verwickelt worden wäre. Ohne auf einen Beistand anderer Mächte rechnen zu können, hätte sie Hunderte Kilometer näher an Moskau und anderen Zentren einer nicht nur militärischen Übermacht gegenüber gestanden, als das dann zwei Jahre später der Fall war. Die Wehrmacht hatte ja 1939 selbst die nur drei Wochen vorher unterzeichnete Zusage, die deutsche Interessensphäre bei Warschau an der Weichsel zu begrenzen und damit zumindest auch nicht weiter vorzustoßen, eindeutig gebrochen und war bis zu 300 Kilometer weiter nach Osten in Richtung Minsk und Kiew vorgedrungen. Um so weniger hätte es eine Sicherheit gegeben, dass sie ohne den Vertrag an der Westgrenze der Sowjetunion Halt gemacht hätte.

Die auf den Nichtangriffspakt samt seinen Zusatzprotokollen folgende Entwicklung wies zweifellos viele negative Erscheinungen auf, die es ohne die Abmachungen vom 23. August nicht ge-

geben hätte. Dazu gehört die Hinrichtung von Tausenden polnischen Offizieren und Beamten in Katyn wie auch andernorts, die als ein unverzeihliches Verbrechen bezeichnet werden muss. Diese schlimme Untat, die von Stalin zumindest gebilligt, wenn nicht gar angeordnet war, bleibt unvergesslich. Das, wenn es genau so zur historischen Wahrheit gehört, dass über Hunderttausend polnischen Soldaten, die 1939 interniert wurden, nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR ermöglicht wurde, in neu gebildeten polnischen Streitkräften am Kampf gegen die faschistischen Welteroberer teilzunehmen und so ihren tatkräftigen Beitrag zur Befreiung Polens zu leisten. Nichts halte ich auch von einer Gegenrechnung von den in Katyn ermordeten polnischen Offizieren und den bei der Befreiung Polens gefallenen 600 000 Rotarmisten.

Noch eine Anmerkung sollte hier hinzugefügt werden, da auch sie zur Komplettierung der historischen Wahrheit in ihrer ganzen Kompliziertheit erforderlich ist. Bereits 1939 rettete die Sowjetunion trotz der mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen mit ihren so unterschiedlichen Folgen mehr Bürger Polens, nicht zuletzt auch Juden, vor dem Tod als Großbritannien und Frankreich mit ihrer mehr formalen Kriegserklärung, die zum "komischen Krieg" ausartete. Am 4. September 1939 fielen einige britische Bomben auf Wilhelmshaven, vom 5. bis zum 25. September wurden dann 18 Millionen Flugblätter abgeworfen. Frankreichs Unterstützung für den überfallenen Verbündeten war noch geringer. Die auch als "drolliger" Krieg in die Geschichte eingegangene Antwort auf den deutschen Überfall auf Polen dauerte bis zum Frühsommer 1940 an, eigentlich bis zum deutschen Angriff auf Frankreich.

Negative Folgen hatte der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zweifellos auf die kommunistische Weltbewegung. Noch mehr musste die am 28. September folgende Unterzeichnung eines Grenz- und Freundschaftsvertrags mit Deutschland Kommunisten und andere Antifaschisten wie nicht minder zahlreiche weitere sonstige Sympathisanten der Sowjetunion irritieren. In dieser Hinsicht hat auch die Führung der Komintern, die ihren Sitz in Moskau hatte, sich als unbeweglich und nach wie vor zu dirigistisch erwiesen. Trotzdem sollten diese einem zeitweiligen Desaster ähnelnden Folgen nicht ausschlaggebend für die historische Bewertung des Paktes von 1939 sein. Schon deshalb nicht, weil diese Irritation insgesamt - bei aller Unterschiedlichkeit in den einzelnen Ländern und Parteien - nicht lange anhielt. Im gesamten Verlauf des Zweiten Weltkriegs haben die kommunistischen Parteien, damit die kommunistische Weltbewegung als Ganzes, schon insofern ihre historische Prüfung bestanden, weil sie sich in der Widerstandsbewegung in den okkupierten Ländern wie insgesamt in den Staaten der Antihitlerkoalition durch eine besonders aktive Rolle verdient machten und dadurch ihr Ansehen im Volk wesentlich erhöhen konnten. Es ist wohl auch nicht zufällig, dass erst nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus die Erinnerung an die hier erwähnten unmittelbaren negativen Wirkungen des Paktes von 1939 wieder überbetont wurde. Leider beteiligen sich daran auch linke Medien, darunter in Deutschland. Nicht selten mit einer nicht seriösen Andeutung von angeblich für die UdSSR 1939 oder 1940 denkbaren Alternativen. Wozu aber eine Ablehnung des Paktes 1939 oder eine nachträgliche einseitige Kündigung geführt hätte, dürfte noch dazu in Hinsicht auf den drohenden Vernichtungskrieg der faschistischen Aggressoren wohl schwer zu beantworten sein.

Bei einem Rückblick auf die Situation vor 70 Jahren sollte folgendes hervorgehoben werden: Urheber der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, dieser schlimmsten Katastrophe des 20. Jahrhunderts, war eindeutig das faschistische Deutschland. Seine politische und militärische Führung hatte planmäßig darauf hingearbeitet, wurde uneingeschränkt vom Großkapital im Interesse seiner expansionistischen Profitgier unterstützt. In dieser Hinsicht hatten beide Weltkriege des 20. Jahrhunderts ähnliche Ursachen. Sie waren auch insofern zunächst vergleichbar, da es in ihnen zunächst um eine neue Aufteilung der Welt in Interessensphären, einschließlich der Absatzmärkte für das eigene Kapital wie der territorialen Umstrukturierung verschiedener Ausbeutungsgebiete in den kolonialen, halbkolonialen und sonstigen abhängigen Ländern ging. Aus diesem Grund war es durchaus angebracht, den Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium als systemimmanente Ursache des Krieges zu bezeichnen und beide Seiten für das anbrechende Weltgemetzel verantwortlich zu machen. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, dass dem faschistischen Aggressor schon insofern die Alleinschuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges 1939 zukam, weil er nicht nur den Überfall auf Polen, sondern auch die folgenden Angriffe auf Dänemark und Norwegen, danach auf Frankreich, Belgien und die Niederlande sowie auf Jugoslawien und Griechenland und schließlich auf die Sowjetunion als den eigentlichen Hauptfeind längerfristig geplant und mit perfektionistischer Gründlichkeit vorbereitet hatte. Das gilt auch für den jeweiligen Zeitpunkt, schon für den 1. September 1939, an dem spätestens der

Angriff auf Polen als Beginn eines Blitzkriegs erfolgen sollte. Die anderen Mächte wollten damals dem Absturz in einen Weltkrieg vorbeugen. Ein wesentlicher Unterschied zum Weltkrieg 1914/18 bestand darin, dass er als Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen Mächten begann, dann zum nationalen Befreiungskampf der überfallenen Völker für das Fortbestehen ihrer eigenen Existenz wurde.

Eine weitere Überlegung bietet sich an. Alle damaligen Politiker gingen von einer falschen Einschätzung des bevorstehenden Kriegsverlaufs aus. Hitler dachte, einen Zwei-Fronten-Krieg verhindern und die überfallenen Staaten einzeln in Blitzkriegen besiegen zu können. Schon die Niederlage vor Moskau hatten er und die führenden Militärs nicht erwartet, erst recht nicht die Wende von Stalingrad, in deren Folge der Zwei-Fronten-Krieg, wenn auch verspätet, massiv zur Tatsache wurde. Verwiesen sei aber auch darauf, dass die Staatsmänner der späteren Antihitlerkoalition die furchtbare Gefahr zunächst nicht voll erkannt hatten, die der Vernichtungskrieg der faschistischen Aggressoren für die weitere Existenz der menschlichen Zivilisation insgesamt heraufbeschwor - in ihrem Ausmaß nicht voll erkannt hatten. Auch die real erreichte militärische Stärke des faschistischen Staates wurde unterschätzt. Bei einer anderen Erkenntnis hätten die Bemühungen um eine Antihitlerkoalition schon damals zum Erfolg geführt. Diese Lehre sollte man nicht vergessen. Dies um so mehr, als Fehleinschätzungen und abenteuerliche Handlungen beim Stand der heutigen Rüstungstechnik zu noch schlimmeren Folgen führen können.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Siehe Gerhard Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin 1990, S. 99 ff.
- 2 Siehe Dokumentenband "Die UdSSR im Kampf um den Frieden am Vorabend des Zweiten Weltkriegs" (russ.). Herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1971, S. 363.
- 3 Ebenda, S. 362, 365, 376 - 378.
- 4 Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. I und II (Das Archiv Dirksens), Moskau 1949. Documents on German Foreign Policy 1918 - 1945 (DGFP), ser. D, vol. I, Washington 1949. Documents on British Foreign Policy 1919 - 1939 (DBFP, third series, London 1957. Department of State, Nazi-Soviet Relations, 1939 - 1941, Washington D. C. 1948.
- 5 Wiedergabe der Beratungen der drei Militärmissionen vom 12. bis 21. August 1939. Siehe "Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs ...", S. 543 - 561, 563 - 572, 591 - 604, 607 - 618, 624 - 630.
- 6 "Prawda", Moskau, 18. 9. 1939.
- 7 Siehe Gerhart Hass, a.a.O., S. 229 ff.
- 8 "Prawda", 23. 9. 1939.
- 9 "Prawda", 29. 9. 1939.

Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim

### **Zum Problem der Wende im Zweiten Weltkrieg**

Es gehört zu den nachteiligen Erfahrungen der Völker, dass sie und ihre Eliten unzureichende Lehren aus der Geschichte gezogen haben und ziehen. Dabei gibt es für sie keinen anderen empirischen Rückhalt als die Vergangenheit. In der Geschichte gibt es kaum strenge Gesetze, sonst wären ja Gegenwart und Zukunft unfehlbar vorauszusagen. Aber in ihr gibt es charakteristische und erkennbare Tendenzen, die gewissermaßen eine Konzentration der Erfahrungen der uns vorausgegangenen Generationen darstellen. Zu diesem Schatz der Erfahrungen gehören das Wunder der Wiedergeburt der Roten Armee nach den bitteren Niederlagen der Jahre 1941 und 1942 sowie die von ihr erreichte Wende, der grundlegende Umschwung im Verlaufe des Großen Vaterländischen Krieges und des gesamten Zweiten Weltkrieges. In meinem Beitrag möchte ich aus der Sicht eines Soldaten der DDR und des Warschauer Vertrages an wesentliche Momente der damit verbundenen Zusammenhänge erinnern.

Es ist nicht zu bestreiten, dass der *Große Vaterländische Krieg* der Sowjetunion gegen das faschistische Deutschland *der entscheidendste und wichtigste Bestandteil* des Zweiten Weltkrieges war. ... Die Sowjetunion, das Sowjetvolk und seine Soldaten bildeten die *Hauptfront* des Zweiten Weltkrieges. Sie versperrten den faschistischen Aggressoren den Weg zur Weltherrschaft, dem Endziel des von ihnen entfesselten Krieges. Damit verhinderten die Sowjetunion

und ihre Soldaten die Ausweitung der Expansion der Aggressoren in weitere andere Länder und auf andere Kontinente. Die Sowjetmenschen nahmen es auf sich, in die Hauptschlachten des Zweiten Weltkrieges einzutreten und sie siegreich durchzuführen. So erbrachten sie die Hauptergebnisse des bewaffneten Kampfes des ganzen Krieges. Ich erinnere:

An keiner Front des Zweiten Weltkrieges gab es derart starke Truppengruppierungen wie an der sowjetisch-deutschen Front. Hier handelten im Verlaufe des Krieges im Durchschnitt bis zu 70 Prozent der Divisionen der faschistischen Armee. Vom ersten bis zum letzten Kriegstag gab es hier große Blutopfer. Die Sowjetunion hatte sich in den ersten drei, den schwersten der für sie vier Kriegsjahre, allein mit den Hauptkräften der Wehrmacht auseinander zu setzen.

Ständig, zumindest bis 1943, hingen die potenzielle Möglichkeit und Gefahr in der Luft, vom Krieg an einer Front zum Krieg an mehreren Fronten übergehen zu müssen, das heißt aufwendige strategische Kampfhandlungen gleichzeitig im Westen (gegen Hitlerdeutschland), im Süden (gegen die Türkei) und im Osten (gegen Japan) durchzuführen. Besonders hoch war diese Gefahr bei den erfolgreichen Angriffen der Wehrmacht auf Moskau (also zu Beginn der 1. Periode des Großen Vaterländischen Krieges) sowie auf Stalingrad und den Kaukasus (am Ende seiner 1. Periode). Daher wurden in den entsprechenden Landesteilen Kampfverbände bereitgehalten, deren Personalbestand, Bewaffnung und Kampftechnik etwa der Hälfte des Bestandes des Feldheeres der Roten Armee gegen die Wehrmacht entsprach. So stand der Generalstab mehr als zwei Jahre vor der Aufgabe, schwerwiegende strategische Probleme nicht nur mit dem Blick auf Europa, sondern auch auf den Nahen und Fernen Osten zu lösen.

Von erdrückender und nahezu entkräftigender Wirkung waren außerdem die außerordentlich hohen Verluste an Personal und Kampftechnik. Am Ende des Jahres 1942, nach 1,5 Kriegsjahren, hatte die Sowjetunion den größten Teil ihrer Kaderarmee verloren. Die Rote Armee erlitt allein in dieser Zeit 56,7 Prozent ihrer unwiederbringlichen personellen Gesamtkriegsverluste. Im Kampf um Leben und Tod des Sowjetstaates gingen in diesen 18 Monaten verloren: zwei Drittel aller Schützenwaffen und Artilleriesysteme sowie mehr als ein Drittel der Panzer und Kampfflugzeuge. Dieser Umstand erforderte ein neues Verhältnis zum Hinterland und seinen Produktionsmöglichkeiten.

Das Leben, die Realitäten des Krieges hatten vieles verändert. Die Rote Armee war darauf orientiert, schon in der Anfangsperiode der aufgezwungenen Aggression, bei der sich bietenden besten Gelegenheit selbst zum Angriff überzugehen. Nun schlug sie sich mit dem starken Feind in der Tiefe des eigenen Territoriums herum. Die operativen Anleitungen des Generalstabes und die taktischen Gefechtsvorschriften begründeten und forderten den betonten Bewegungskarakter der Kampfhandlungen. Im Leben aber präsentierten sie sich als eine Mischung von Manöver- und Stellungsformen der Handlungen. Die Verteidigung wurde in der Vorkriegsdoktrin als eine Kampfart für besondere Fälle vorgesehen. Nun wurde sie ein häufiges Erfordernis, nicht nur auf taktischer und operativer, sondern auch auf strategischer Ebene. Das System der Operationen erfuhr sehr bald einschneidende Veränderungen. Es wurde erforderlich, die strategischen Aufgaben nicht nur im Rahmen einzelner Frontoperationen zu erfüllen, sondern dafür Gruppen von Fronten zu bilden, deren gemeinsame Handlungen die Hauptform der strategischen Handlungen wurde.

Diese Erfahrungen und Erkenntnisse sowie das kritische Verhältnis zu den eigenen Leistungen und Misserfolgen, gepaart mit wachsender Lernfähigkeit in allen Dienststellungs- und Dienstgradgruppen, bildeten die Grundlage für die Entwicklung der Praxis und dann auch der Theorie des Einsatzes und der Führung der Truppen, Kräfte und Mittel. Militärische Theorie und Praxis der Roten Armee überflügelten nach der 1. Kriegsperiode zunehmend jene der Wehrmacht. Auch deshalb wurde die Entscheidung über den Ausgang des Zweiten Weltkrieges hier an der sowjetisch-deutschen Front gefällt.

Die sowjetischen Streitkräfte zerschlugen - das will heißen: machten kampfunfähig und/oder nahmen gefangen: 507 deutsch-faschistische Divisionen und 100 Divisionen der Verbündeten Hitlers. (Diese Zahl schließt die im Verlaufe des Krieges neuformierten und wiederhergestellten Divisionen ein.) Diese 607 Divisionen stellen das Vierfache der in Divisionen gemessenen Verluste des faschistischen Blocks an allen anderen Fronten des Zweiten Weltkrieges dar. Bei der Analyse ihrer Kriegseinbußen unter Zugrundelegung gleicher Kriterien kamen sowjetische Experten zu dem Schluss, dass die Rote Armee insgesamt 297 Divisionen verlor, davon 215 Schützen-, 45 Kavallerie-, 12 Motorisierte und 25 Panzerdivisionen. An der sowjetisch-deutschen Front verloren ihr Leben oder wurden gefangen genommen 10 Millionen unter dem Kom-

mando der Wehrmacht stehende Soldaten. Das sind 73 Prozent der unwiederbringlichen personellen Kriegsverluste. Hier wurde der Hauptteil der Großwaffensysteme der Wehrmacht vernichtet:

- mehr als 70 000 Kampfflugzeuge (= mehr als 75 %),
- ungefähr 50 000 Panzer und Sturmgeschütze (bis 75 %),
- 167 000 Artilleriegeschütze (= 74 %),
- mehr als 2000 Kampf-, Transport- und Hilfsschiffe.

Die sowjetisch-deutsche Front zog nicht nur die Hauptkräfte der Wehrmacht auf sich, sondern unterschied sich auch grundlegend von anderen Fronten in der Dauer und Intensität der Kampfhandlungen. Aktive Kampfhandlungen wurden an 1320 (= 93 %) von 1418 Tagen ihrer Existenz geführt. An der nordafrikanischen Front geschah das nur an 309 (= 29 %) von 1068 Tagen, an der italienischen an 492 (= 74 %) von 663 Tagen.

Beispiellos war auch das räumliche Ausmaß der Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front. Sie entfaltete sich von den ersten Kriegstagen auf einem Gesamtabschnitt von mehr als 4000 km Breite. Im Herbst überstieg die Frontbreite 6000 km. Diese Breite stellte das Vierfache der Breite der nordafrikanischen, italienischen und westeuropäischen Front, zusammen genommen, dar. Von der Tiefe des Territoriums, auf dem sich die Streitkräfte der UdSSR mit dem Gegner zu messen hatten, legt der Umstand ein beredtes Zeugnis ab, dass die sowjetischen Truppen von Stalingrad bis Berlin, Prag und Wien 2500 km zurückzulegen hatten. Von den deutsch-faschistischen Eindringlingen wurden etwa 1,9 Millionen Quadratkilometer sowjetischen Territoriums und eine Million Quadratkilometer des Territoriums der Länder Mittel- und Südosteuropas befreit.

Im Gegensatz zu dem ständig im Westen, von Westlern und neuerdings auch von verwestlichten Ostlern bekundeten allgemeinen und militärischen Geschichtsverständnis hat die Eröffnung der 2. Front (6. Mai 1944) im Verlaufe der 4. Weltkriegsperiode, sechs Monate nach der im Verlaufe des ganzen Kriegsjahres 1943 von den sowjetischen Streitkräften im Ergebnis gigantischer Anstrengungen herbeigeführten Kriegswende, die Bedeutung der sowjetisch-deutschen Front als Hauptfront des Zweiten Weltkrieges nicht verändert. Im Juni 1944 handelten gegen die Rote Armee 239,5 Divisionen, darunter 58 der Verbündeten Hitlers. Den amerikanischen und britischen Truppen stellten sich 81,5 Wehrmachts-Divisionen entgegen, im Vergleich nur 34 Prozent der Kräfte. Im den Krieg abschließenden Feldzug hatten sich auseinander zu setzen:

- die sowjetischen Streitkräfte mit noch 195 gegnerischen Divisionen,
- die angloamerikanischen Truppen mit zum Teil noch in der Formierung begriffenen 107 gegnerischen Divisionen.

Der Weltkonflikt erfuhr, wie bereits unterstrichen, *seine Kulmination* als 3. Periode des Zweiten Weltkrieges und zugleich entsprechend identische 2. Periode des Großen Vaterländischen Krieges. Das war das Kriegsjahr, das der November 1942 und der November/Dezember 1943 eingrenzen. In den ersten anderthalb Kriegsjahren waren die Fehlentscheidungen und Unzulänglichkeiten im Aufbau der Streitkräfte, ihrer Ausbildung und Erziehung sowie ihrer strategischen Entfaltung offenbar geworden. Zur Auswertung der bitteren Erfahrungen wurden zwei Herangehensweisen sichtbar.

Die erste verbindet sich mit dem Namen Schukov. Er schlug den Übergang zur strategischen Verteidigung vor, zur Stellungsverteidigung, bis die Rüstungsindustrie neue Arten der Bewaffnung und Kampftechnik entwickelt hat, die es erlauben, der Wehrmacht nicht nur auf jenem Gebiet zu widerstehen, sondern auch herauszufordern, auf dem sie am stärksten war, dem Bewegungskrieg.

Die zweite Herangehensweise ignorierte die verbreitete Praxis, die Entwicklung der gegnerischen Handlungsmethoden und -formen intensiv zu beobachten, zu analysieren und sich auf sie einzustellen. Dem Gegner müsse dagegen der eigene Willen und die eigene Spielregel aufgezungen werden. Das war doch schon in der Schlacht um Moskau mit dem Übergang zur Gegenoffensive gelungen! Der russische Soldat verliert seine besten Eigenschaften, wenn er im Schützengraben sitzt und abwartet. Der Verzicht auf den Angriff demoralisiert ihn. Diese Erkenntnisse seien so alt wie die Schlacht bei Poltava (1709) unter Peter I.

Es wurden Überzeugung und Willen der Sowjetsoldaten, vom Gemeinen bis zum General und Marschall, die Handlungseffektivität der Deutschen zu erreichen, mit größerem Vermögen,



besserer Führungskraft und festerem Willen zu kämpfen. Die bitteren Lehrstunden währten noch das ganze Jahr 1942 bis Stalingrad!

Die Herausbildung einer rationellen sowjetischen Militärstrategie verlief durchaus widersprüchlich. Dreimal hatte sie sich zu ihrem großen Nachteil bei der Bestimmung der Richtung des Hauptschlages der Wehrmacht getäuscht:

- vor Kriegsbeginn wurde angenommen, dass die Wehrmacht ihre Hauptanstrengungen im Südwesten entfaltet, aber sie schlug im Zentrum, also von Westen zu;
- im Herbst 1941 sah der sowjetische Generalstab den zentralen Abschnitt als den gefährdetsten an, aber die Wehrmacht führte den Hauptschlag im Süden;
- im Frühjahr 1942 wurde der Hauptschlag in der Westrichtung erwartet, aber die Wehrmacht schlug erneut im Süden zu.

Es hatten sich die Versuche des Obersten Kommandos 1941 nicht bewährt, die durchweg kritische Frontlage im Ergebnis von Gegenschlägen und vielzähligen Angriffsoperationen in den Griff zu bekommen. Schlecht vorbereitet und schlecht durchgeführt, verkomplizierten sie die allgemeine Lage nur weiter. Der Versuch, schon im Frühjahr 1942 zur Angriffsstrategie überzugehen, erlitt Schiffbruch.

Die Lage erzwang nach den Vorstellungen Schukovs die Rückkehr zur notgedrungenen Verteidigung, aber in einem neuen Verständnis:

- Manöververteidigung in der Südwestrichtung, in deren Ergebnis die Hauptkräfte den Schlägen des Gegners entzogen und auf die Verteidigung strategisch wichtiger Abschnitte in der Tiefe konzentriert werden können;
- standhafte Verteidigung der in den anderen Richtungen eingenommenen Frontabschnitte;
- Erhöhung der Effektivität des Manövers zwischen den Richtungen;
- Erhalt und ständige Neubildung von Reserven für die entscheidenden Schläge.

Ausgestattet *mit dieser rationellen Strategie*, wurde das Jahr 1943 das Jahr des qualitativen Sprungs in eine neue Phase der Kriegsführung. Im Kriegsjournal wurde ein neuer Abschnitt aufgeschlagen. Der Umschwung begann damit, dass die Rote Armee den Tiefpunkt des Zustandes ihres Kampfbestandes durchschritten hatte und nun zügig wieder zu Kräften kam. Maßgeblichen Anteil daran hatte die selbstlose und aufopferungsvolle *Arbeit des Hinterlandes*. Die sowjetische Wissenschaft mobilisierte ihre Möglichkeiten in der Produktionssphäre. Der Wissenschaftlich-Technische Rat beim Staatlichen Verteidigungskomitee optimierte die Produktionstätigkeit im Ural und in anderen frontfernen Regionen. So wurde ein neues Verfahren der Aluminiumgewinnung begründet. Im und hinter dem Ural wurden neue Energiequellen erschlossen. In Baschkirien wurde Öl gefunden. Die Werke im Ural schmolzen auf neue Weise Panzerplatten und statteten die Truppen mit leistungsfähigeren Geschosswernern aus. Schpagin, Dektjarov und Tokarjov schufen neue Maschinenpistolen und neue Arten von Schützenwaffen.

Zu Beginn des Jahres 1943 konfigurierte sich die *militärische Elite*. Eine immer vordergründigere Rolle begannen die Gardestößtruppen, unter ihnen besonders die Panzerverbände, zu spielen. Sie hatten die Fähigkeit erworben, den beweglichen Verbänden der Wehrmacht nicht nur widerstehen, sondern sie auch in die Flucht schlagen zu können. 1943 handelten im Feldheer der Roten Armee bereits fünf der am Ende des Krieges vorhandenen sechs Panzerarmeen, über zehn selbständige Panzerkorps, fünf selbständige Mechanisierte Korps sowie fast 30 selbständige Panzerdivisionen und -brigaden. Die in der Roten Armee und Wehrmacht als Krone aller Waffen gefeierte Infanterie erfuhr eine Zurücksetzung und wurde Sicherungs- und Schutzstaffel der Mechanisierten und Panzertruppen.

In dem die Wende einleitenden Winterfeldzug 1942/43 verloren etwa 43 Prozent aller gegen die Rote Armee aufgebotenen Truppen ihre Gefechtsfähigkeit. Das waren 68 Divisionen der Wehrmacht, 19 rumänische, 10 ungarische und 10 italienische. 17 deutsche Generale fanden den Tod.

Auf beiden Seiten der Frontlinie gewahrte man das Ende einer Phase der Ereignisse und den Beginn einer neuen. *Die Frontlinie war irgendwie geradegebogen worden. Das machte Truppen und Kräfte für Angriffshandlungen frei.* Gewisse Abrundungen und Kurven in dieser geradegebogenen Linie waren um Leningrad sichtbar, im Raum Kursk in Gestalt eines massiven sowjetischen Geländevorsprungs sowie als Geländevorsprung der Wehrmacht im Donbass. Insgesamt: *eine neue strategische Lage und eine neue strategische Karte!*

Die von den Militärgeschichtlern als Orientierungshilfen für Nicht-Historiker und als analytische Instrumente für den Eigenbedarf geschaffenen Gliederungen und Strukturen historischer Prozesse haben auch Feingliederungen erhalten. Das betrifft auch die Periode der grundlegenden Wende, des Umschwungs im Kriegsverlauf. In dieser Periode übernahm das sowjetische Oberste Kommando die strategische Handlungsinitiative. Die Streitkräfte der UdSSR gingen von der Verteidigung zum strategischen Angriff über. Den grundlegenden Umschwung bahnten drei bedeutende Schlachten: die Zerschlagung der deutsch-faschistischen Truppen bei Stalingrad (19. 11. 1942 - 2. 2. 1943), die Kursker Schlacht (5. 7. - 23. 8. 1943) und die Schlacht um den Dnjepr (September - November 1943).

Jede dieser Schlachten bildete den Mittelpunkt einer der von den Historikern bestimmten drei Etappen der Wende, des Umschwungs. Jede dieser Etappen stellte eine besondere Phase des Kampfes um den grundlegenden Umbruch im Kriegsverlauf dar.

*In der 1. Etappe* (Winter 1942/43) konzentrierten sich die sowjetischen Streitkräfte auf folgende strategische Hauptaufgaben: Erringen und Behaupten der strategischen Initiative, Zerschlagung der Hauptgruppierung des Gegners im Süden, Erweiterung der Front des strategischen Angriffs auf die südwestliche, westliche und nordwestliche Richtung.

*In der 2. Etappe* (Sommer 1943) waren die entscheidende Gegenwirkung gegen den 3. strategischen Angriff der Wehrmacht bei Kursk (nach dem auf Moskau und dann auf Stalingrad und den Kaukasus) sowie die Entfaltung der Gegenoffensive Grundlagen der strategischen Handlungen der Roten Armee.

*In der 3. Etappe* (Herbst und Winter 1943) legte die UdSSR den Schwerpunkt auf die Organisation und Durchführung großmaßstäbiger Angriffsoperationen, um die Absicht der Wehrmacht zu durchkreuzen, durch aktive Verteidigungsstrategie das Ende des Krieges so weit wie möglich hinauszuzögern.

Im Verlaufe dieser drei Etappen der 2. Periode des Großen Vaterländischen oder der 3. Etappe des Zweiten Weltkrieges wurden zwei strategische Verteidigungs- und elf strategische Angriffsoperationen organisiert und durchgeführt. Den Übergang der Roten Armee zur Angriffsstrategie demonstriert der Umstand, dass sie in der 1. Kriegsperiode noch gezwungen war, zwölf strategische Verteidigungsoperationen durchzuführen, aber doch schon vier strategische Angriffsoperationen wagen konnte.

Es ist schwer zu verstehen und zu ertragen, dass die für das versöhnliche Schicksal und die gute Zukunft der ehemals besetzten Staaten und unterdrückten Völker entscheidenden Leistungen der Bürger und Soldaten der Sowjetunion als Beiwerk und Randerscheinungen gewertet werden. Mit diesem dilettantischen Blick und Urteil werden die Kämpfe auf dem westlichen Kriegsschauplatz um El Alamein, die Anlandungen in Salerno, Anzio und in der Normandie sowie die Schlacht in den Ardennen als kriegsentscheidende Waffengänge angesehen. Meistens handelt es sich um unzureichende Kenntnisse über den Großen Vaterländischen Krieg. Fehlinterpretationen verhindern die adäquate Darstellung der Bedeutung und Wichtigkeit dieses Krieges im Kontext des ganzen Zweiten Weltkrieges.

Im Kampf um die Wende im Kriegsverlauf spielte die strategische Landungsoperation *Overlord* als besondere Form der Schaffung eines strategischen Brückenkopfes an der Gegenküste durch Expeditionskräfte eine bedeutende, für die Wende im Zweiten Weltkrieg aber eine weniger bedeutende Rolle. Diese Operation erreichte nicht Rang und Stellenwert der Schlachten um Moskau, von Stalingrad, bei Kursk und um den Dnjepr.

Fazit meiner Darstellungen und Erinnerungen ist besonders die Bekräftigung der Rolle dieser Schlachten im Kriegsverlauf.

*Der Sieg bei Moskau* stellte den ersten Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges und Großen Vaterländischen Krieges dar. Mit ihm scheiterte Hitlers Blitzkrieg. Trotz der großen Anfangserfolge der Wehrmacht wurde der Weg zur Wende im Kriegsverlauf eindrucksvoll markiert.

*Die Stalingrader Schlacht* war der zweite und sicher bedeutungsvollste Wendepunkt. Nach ihr wurde zur Gewissheit, dass es für die Wehrmacht an der sowjetisch-deutschen Front keine Bedingungen und Möglichkeiten eines durchgreifenden Erfolges mehr gab. Es wurde deutlich, dass es nur noch um den Maßstab und die Bedingungen der Niederlage der Wehrmacht gehen konnte.

*Die Kursker Schlacht* manifestierte, dass die sowjetischen Streitkräfte vollständig die strategische Initiative ergriffen hatten. Zudem waren sie eine hohen Ansprüchen genügende moderne

Streitkraft geworden. Das Ergebnis der Schlacht bekräftigte und verfestigte die grundlegende Wende im Kriegsverlauf. Das faschistische Deutschland und seine Verbündeten waren gezwungen, auf allen Kriegsschauplätzen zur Verteidigung überzugehen. Es begann der Zerfall des faschistischen Blocks. Es konnte nicht mehr bezweifelt werden, dass die Niederlage der Wehrmacht unausbleiblich und vollständig sein werde. Es begann der siegreiche Marsch der Roten Armee nach Westen, der nach Berlin und zum Sieg im Mai 1945 führte.

*Der Kampf um den Dnjepr* war die letzte Phase der Herbeiführung der grundlegenden Wende, die das Scheitern der Angriffsstrategie des Gegners besiegelte. Die sowjetischen Truppen wiesen nach, strategische Angriffsoperationen einer Gruppe von fünf Fronten auf einer Breite von 1300 km in hohem Tempo durchführen, den zurückweichenden Gegner verfolgen und die Schlagstärke durch das geschickte Einführen strategischer Reserven sowie das Forcieren breiter Wasserhindernisse aus der Bewegung erhöhen zu können. Diese Erfahrungen und der Durchbruch des *Ostwalls* der Wehrmacht entlang des Dnjepr waren lehrreich für die bevorstehenden tiefen Operationen in der letzten Kriegsperiode.

Die UdSSR rettete mit gigantischen Anstrengungen den Westen vor dem Hitlerfaschismus. Nach dem Sieg hielt der Westen als historischer Schuldner eine vernünftige Zusammenarbeit mit der UdSSR für ausgeschlossen. Der Kalte Krieg wurde erfunden, um Problemlösungen von der Position der Stärke, die sich nicht auf das Militärische beschränkt, zu ermöglichen. Als der UdSSR Stärke im Kriege bitter vonnöten war, wurde sie ihr mit der zweijährigen Hinauszögerung der Eröffnung der zweiten Front versagt. Nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte die Sowjetunion sich wie auch ihre ehemaligen Verbündeten an die Rolle der sowjetischen Stärke im Kriegsjahr 1943. Sie unternahm erneut nahezu Unmögliches, um Kräftegleichheit und -parität zu ermöglichen. Damit rettete sie für 45 Jahre strategische Stabilität und Frieden. Ohne die UdSSR und den Warschauer Vertrag ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt.

Lorenz Knorr

### **War der Zweite Weltkrieg zu verhindern?**

Die Frage, ob der Zweite Weltkrieg zu verhindern gewesen wäre, angesichts seines tatsächlichen Stattfindens bleibt produktiv insofern, weil sie auch für Elemente künftiger Politikgestaltung wichtig ist und weil sie auf Fehlbewertungen verweist, die wegen der Opfer und Zerstörung von Kriegen nicht wiederholt werden sollten.

Gewiss: die permanente aggressive Kapitalexpansion über alle Grenzen hinweg mit dem Ziel der Profitmaximierung und die Skrupellosigkeit kapitalistischer Konkurrenz ist stets ein kriegstreibendes Faktum.<sup>1</sup> ... Die Spezifik der Zeit vor dem 1. 9. 1939 liegt jedoch darin, dass die Kriegsplanung des faschistischen Deutschland angesichts des ständigen Zurückweichens der Westmächte vor Hitlers Provokationen sowie der Widersprüchlichkeit der internationalen Entwicklung in ein konkretes Stadium geriet. In seinem Buch "Mein Kampf" fixierte Hitler bereits 1925, dass der angeblich zu enge Lebensraum der Deutschen einer kräftigen Expansion bedürfe. Wörtlich heißt es: "Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte das nur auf Kosten Rußlands geschehen." Und weiter: "So wird das deutsche Volk seine Zukunft nur als Weltmacht vertreten können." Solche Eroberungen richteten sich nicht nur auf Raumgewinn und Ernährungssicherheit, Stichwort: Kornkammer Ukraine, sondern auch auf Rohstoffraum, der für die Errichtung des "Imperium Germaniae" notwendig war.<sup>2</sup> Wörtlich bei Hitler: "Nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes" würde die Lösung dieses (Schein-)Problems bringen.<sup>3</sup> Die Politik "Blut und Boden" sowie die faschistische Geopolitik ergänzten das Kriegsziel. Wenn Hitler später diese aggressive Politik durch wiederholte Friedensheuchelei zu tarnen trachtete, gehörte dies zu den materiellen und ideellen Kriegsvorbereitungen wie das Amen in der Kirche. Solche Irreführung hatte Tradition.<sup>4</sup> ...

### **Ein konkreter Vorschlag zur Kriegsverhütung**

Es existiert ein gewichtiger Kronzeuge aus dem großbürgerlichen Lager für die unwahrscheinlich klingende These, dass der Zweite Weltkrieg zu verhindern gewesen wäre. Es ist der spätere britische Kriegspremier, vorher Erster Lord der britischen Admiralität und Mitglied des House of Parliament in London, Winston Churchill. In seinem knapp 900-seitigen Wälzer "Der

zweite Weltkrieg"<sup>5</sup>, einer gerafften Ausgabe seines dreibändigen Werkes, für das er 1953 den Nobelpreis erhielt, notiert er bereits im Vorwort: "Niemals hätte sich ein Krieg leichter verhindern lassen als dieser." In den späteren Kapiteln seines Werkes nennt er die konkreten Möglichkeiten, die seine These erhärten. Churchill verfasste diese Aussage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Amputation des letzten demokratischen Bollwerks in Mitteleuropa, der CSR durch das Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938.<sup>6</sup> Mit diesem ließen sich der britische Premier N. Chamberlain und der französische Ministerpräsident Daladier von dem von Mussolini sekundierten A. Hitler erpressen! Tatsächlich marschierten ab 1. 10. 1939 deutsch-faschistische Truppen in die deutsch-besiedelten Gebiete der CSR ein.<sup>7</sup> Den Namen "Sudetenland" vermeide ich, weil er von den Faschisten instrumentalisiert ist, selbst wenn er heute fast zur Alltagssprache gehört!<sup>8</sup>

Churchill hielt vor dem 29. 9. 1938 der konservativen Regierung Großbritanniens vor, sie hätte Hitler permanent ermutigt zu sich steigernden Provokationen bzw. Vertragsbrüchen contra das *pacta sunt servanda*, indem sie außer unwirksamen papierernen Protesten keine deutlichen Schranken aufbaute. Gegen die gegen den Versailler Vertrag verstoßende Aufrüstung Deutschlands, gegen die Besetzung des neutralisierten Rheinlandes als Sicherheitszone für Frankreich, gegen den Bau des "Westwalls", gegen die Achse Berlin - Rom hätte sie keinen effektiven Widerstand geleistet! Selbst gegen den Anti-Komintern-Pakt vom 23. 11. 1936 wäre nichts geschehen, obwohl dieser - falls erfolgreich - langfristig gegen das britische Empire gerichtet sei! Auch die Okkupation Österreichs am 12. 3. 1938 bewertete man als eine Art innerdeutscher Angelegenheit, obwohl es ein bedeutender Machtzugewinn Hitler-Deutschlands gewesen sei!<sup>9</sup>

Wie das sich abzeichnende Nachgeben gegenüber Hitlers Forderung, die CSR zu opfern um des Friedens willen, zumindest sie existenzgefährdend zu amputieren, zu stoppen sei, verwies Churchill auf die volle Ausschöpfung der Bündnismöglichkeiten: "Der Schlüssel zu einer Großallianz lag in einer Verständigung mit Rußland."<sup>10</sup> (Für Churchill war die Sowjetunion lange Zeit nur "Russland"!.) Nun aber betonte er mit Nachdruck die "Great Coalition", die später mit dem historisch gewichtigen Namen "Anti-Hitler-Koalition" siegreich contra faschistisches Deutschland blieb.

Churchill war wie sein Widersacher, der britische Premier Chamberlain, ein erklärter Antikommunist. In seinem langen politischen Weg sind zweifellos viele Schwankungen und Widersprüche zu konstatieren! Was jedoch durchgehend alle taktischen oder sogar strategischen Wechsel bestimmt, ist seine offensive Verteidigung von Interessen des britischen Empires! Diese Position bleibt allem anderen übergeordnet!

Insofern kritisiert er auch massiv, dass Chamberlain den Vorschlag der UdSSR vom 19. 3. 1938, schriftlich wiederholt am 26. 4. 1938, für eine Sechsmächtekonferenz zur Lösung des Problems CSR und zur Gewährleistung des Friedens brüsk zurückwies.<sup>11</sup> Der Premier begründete dies mit seinem Misstrauen contra "Russland" und dessen (von ihm unterstellte) Unfähigkeit, wirksam gegen eine deutsche Offensive zu reagieren.<sup>12</sup>

Massiv kritisierte Churchill auch die Ignoranz, dass die Zurückweisung Stalins bei diesem tiefe Spuren hinterlassen würde.<sup>13</sup> Churchills Begründung für seine Great Coalition war, dass angesichts bestehender Kräfteverhältnisse Deutschland einen Zweifrontenkrieg nicht riskieren könnte, zudem hätte sich Hitler öffentlich gegen einen Zweifrontenkrieg festgelegt.<sup>14</sup> Der Zweite Weltkrieg wäre also zu vermeiden gewesen!

Als eine der Folgen des Münchener Abkommens, von den Tschechen als "Diktat" und den deutschen Antifaschisten der CSR als "Verrat" klassifiziert, von vielen auch als Vereinbarung gegen die UdSSR verstanden, schloss die UdSSR am 23. 8. 1938 einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland.<sup>15</sup> Churchill nahm diesen mit Verständnis auf<sup>16</sup> und wies der britischen Regierung die volle Verantwortung zu. Chamberlain hatte unmittelbar nach dem Münchener Abkommen einen Vertrag mit Hitler geschlossen, nach dem beide Völker nie wieder Krieg gegeneinander führen werden.<sup>17</sup> Das konnte man auch als "freie Hand" für Hitler für seine Kriegspläne gegen die UdSSR verstehen. Im Falle einer faschistischen Aggression contra UdSSR würde Großbritannien stillhalten!

### **Zum Gewicht der sowjetischen Friedenspolitik**

Ein ganz anderes Gewicht für die Möglichkeit, den Zweiten Weltkrieg zu verhindern, zeigte sich in der konkreten Politik der UdSSR nach 1933. Kurz nach dem "Rückfall in die Barbarei",

der scheinbar contra historische Gesetzmäßigkeit erfolgte, gegen den "Fortschritt zum Sozialismus", aber der Dialektik des Geschichtsprozesses durchaus entsprechend in Deutschland erfolgte,<sup>18</sup> präsentierte die UdSSR am 6. 2. 1933 während der internationalen Abrüstungskonferenz in Genf eine Definition des Begriffs "Aggressor": inhaltlich sollte damit auf die Abwehr der erkannten faschistischen Raub- und Eroberungskriege orientiert werden.<sup>19</sup> Das entsprach der Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie Lenin bereits 1918 entwickelte zusammen mit Tschitscherin, dem damaligen Volkskommissar für das Auswärtige.<sup>20</sup> Um dem erhöhten Aggressionsrisiko entgegenzuwirken, das durch die faschistischen Praktiken entstand, schloss die UdSSR zunächst zweiseitige Abkommen über Neutralität und Nichtangriff.<sup>21</sup> Nach einem Beschluss des ZK der KPdSU (B) vom 12. 12. 1933 orientierte die Sowjetführung auf ein kollektives Sicherheitssystem<sup>22</sup>, um die Potenziale aller antifaschistischen Staaten zu konzentrieren gegen alle Versuche Hitler-Deutschlands, die europäische Landkarte zu ihren Gunsten zu verändern und das anvisierte "Imperium Germanicum" zu verhindern.

Es war etwas qualitativ Neues, dass systemverschiedene Staaten gegenseitig ihre Sicherheit contra potentiellen faschistisch-deutschen Aggressor garantieren sollten. Eine völlig andere politstrategische Frontstellung zeichnete sich ab: nichtfaschistische kapitalistische Staaten und die staatswirtschaftlich strukturierte UdSSR in dialektischer Gemeinsamkeit contra aggressiven Faschismus! Was Lenin bereits 1918 konstatierte, dass nämlich der Kapitalismus/Imperialismus kein monolithischer Block sei, dass realistische Kräfte zur Kooperation mit der UdSSR zum gegenseitigen Vorteil bereit wären - wie zum Beispiel die Gruppe um Churchill und einige Volksfrontregierungen<sup>23</sup> 1937/38 - und dass aggressive Akteure auf die Zerstörung der UdSSR orientierten, auch mittels Krieg, das zeichnete sich nun auf staatlicher Ebene ab, nachdem es vorher ein innerstaatlicher Widerspruch war.

Während Churchills Plan für eine Great Coalition zunächst nur gedanklich und als Möglichkeit bzw. Notwendigkeit vorhanden war, zeichnete sich in der Politik der friedlichen Koexistenz und in der Existenz der UdSSR eine reale Kapazität für die Gewährleistung des Friedens, zunächst aber für die Offenheit zur gemeinsamen Aggressionsabwehr systemverschiedener Staaten ab. Churchills Visionen und die reale Kraft der UdSSR mussten nur zusammenfinden, um eine neue Qualität in der internationalen Ära zu realisieren.

### **Hitlerfreundliche Akteure in der Defensive**

Der Weg zur Anti-Hitler-Koalition blieb zunächst blockiert durch jene kapitalistischen Akteure, die primär einen politischen Akkord mit dem faschistischen Deutschland anstrebten. Bekanntlich erklärte Lord Halifax 1937 im Auftrag seines Premiers Chamberlain, man sei Hitler dankbar, weil er den Kommunismus in Deutschland ausrottete und damit dessen Ausbreitung nach Westeuropa stoppte. Deutschland sei "ein Bollwerk gegen den Kommunismus!"<sup>24</sup> Zugleich wirkten in Frankreich und Spanien Volksfrontregierungen gegen die faschistische Gefahr mit Kommunisten auf dem linken Flügel und bürgerlichen Antifaschisten auf dem rechten.<sup>25</sup> Die Widersprüche in kapitalistischen Staaten wirkten also nicht nur innenpolitisch.

Manche kapitalistischen Akteure spekulierten auf eine gegenseitige Schwächung von Hitler-Deutschland und der UdSSR in einem Krieg und sie erhofften sich dann eine Schiedsrichterrolle als für sie günstige Perspektive im Entwicklungsprozess.

Churchill kam als Premier zum Zuge gegen mächtige Widersacher in Großbritannien, weil der faschistische Überfall auf Polen trotz schwacher Garantien Großbritanniens die opportunistische Anpassungspolitik Chamberlains und der ihn unterstützenden Kräfte im Großkapital ad absurdum geführt hatte. Der von Chamberlain versprochene und in England zunächst gefeierte "Friede" erwies sich - wie von Kritikern rechtzeitig erkannt - als geteilter Friede, nicht als allgemeiner, den Europa benötigt hätte. Es folgten nach der Zerschlagung Polens in wenigen Wochen angesichts deutsch-faschistischer Überlegenheit die "Blitzkriege" gegen Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien und Luxemburg und danach gegen Frankreich. Als auch noch die Luftangriffe auf England folgten, war der Bankrott der Politik der schrittweisen Zugeständnisse an Hitler-Deutschland offenkundig.<sup>26</sup>

Die Strategen Chamberlains hatten nicht berücksichtigt, dass Hitler-Deutschland mit seinen Kapazitäten die Aggression contra Hauptfeind UdSSR nicht riskieren konnte. Er benötigte die Arbeitskräfte, Produktionsstätten, Rohstoffe und Devisen von halb Europa, bevor die Voraussetzungen für den großen Krieg in Osteuropa gegeben waren. Am 22. 6. 1941 überfiel das faschistische Deutschland die UdSSR, ohne die Risiken dieses Feldzugs auf fast 2000 km Frontlinie

genau abgewogen zu haben. Bis zur Linie Archangelsk im Norden und Astrachan im Süden sollte die gewaltsame Eroberung stattfinden.<sup>27</sup>

Erst dann kam die Stunde der Anti-Hitler-Koalition. Roosevelt für die USA, bereits vorher mit Churchill in Verbindung, trat als erster effektiv und mit materieller Hilfe für dieses neuartige Kriegsbündnis ein. Er erkannte und benannte den Faschismus als "Hauptfeind der Menschheit"<sup>28</sup>. Churchill erklärte: "Wer, Mensch oder Staat, gegen den Nazismus kämpft, wird unseren Beistand haben. Wer, Mensch oder Staat, mit Hitler marschiert, ist unser Feind ... Daraus folgt, dass wir Rußland und dem russischen Volk jedmögliche Hilfe gewähren ... Die Gefährdung Rußlands ist daher unsere eigne Gefährdung und die Gefährdung der Vereinigten Staaten, und der Kampf jedes Russen für Heim und Herd ist der Kampf aller freien Menschen und aller freien Völker in allen Teilen der Welt."<sup>29</sup>

Andere lernten erst, als es zu spät war, aber noch Zeit genug, in der Anti-Hitler-Koalition mitzuwirken. Manche zogen nie Konsequenzen aus diesen Ereignissen und Lehren.

Wäre die Anti-Hitler-Koalition vor Kriegsbeginn realisiert worden, wäre der Zweite Weltkrieg zu verhindern gewesen. Der Antikommunismus bürgerlich-konservativer Akteure verhinderte diese Chance!

### Quellennachweis und Anmerkungen

- 1 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus, in: Werke, 2 Bde., 1. Band, S. 767 ff. R. Hilferding, Das Finanzkapital, Wien 1910. Autorenkollektiv, Imperialismus heute, Berlin 1965. P. Jalée, Das neueste Stadium des Imperialismus, München 1971. D. Harvey, Der neue Imperialismus, Hamburg 2005. R. Kurz, Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt/. 1999.
- 2 W. Goldenbach/H.-R. Mirow, Deutschland erwache! Berlin 1994. Zu den 66 Millionen Deutschen im Reich und in Österreich sollten 34 Millionen Deutsche in anderen europäischen Staaten zu einer "Blutgemeinschaft" vereint werden, wobei die "Auslandsdeutschen" in ihren Heimatländern im Sinne der Berliner Politik agieren würden; S. 101 ff.
- 3 Zitiert nach W. Maser, Hitlers Mein Kampf, München 1966, S. 149 ff.
- 4 R. Kühnl (Hrsg.), Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg, Köln 1986.
- 5 W. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bern 1954, S. 10.
- 6 W. S. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1961, S. 339 ff. L. Knorr, Opfer einer antikomunistischen Strategie, Die CSR 1938, bei GMB, Berlin 2008.
- 7 Ebenda.
- 8 Der Name "Sudetenland" war vor 1933 nicht gebräuchlich. Popularisiert wurde er von Goebbels 1936 in Berlin: Tausende Deutsche aus der CSR, die ab Grenze kostenlos zur Olympiade fahren und dort auf einer Sonderveranstaltung für sie teilnahmen, wurden auf den Gebrauch des Wortes eingestimmt: ihr seid keine Staatsbürger eines Landes, das von einem minderwertigen Volk regiert wird; ihr gehört zur Herrenrasse und seid "Sudetendeutsche"!
- 9 W. Churchill o. a., S. 106 ff.
- 10 Ebenda, S. 135.
- 11 Ebenda, S. 122 und S. 135.
- 12 Ebenda, S. 135
- 13 Ebenda, S. 122.
- 14 Ebenda, S. 138.
- 15 M. Kossok u. a., Geschichte der UdSSR, Berlin 1977, S. 380. W. L. Shirer bietet eine unsachliche Darstellung dazu, S. 475 ff.
- 16 W. Churchill o. a., S. 139/140.
- 17 W. L. Shirer o. a., S. 190.
- 18 J. Streisand, Deutsche Geschichte ..., Köln 1972, S. 372 ff. Aus bürgerlicher Sicht: P. Sethe, Deutsche Geschichte ..., S. 330.
- 19 M. Kossok o. a., S. 364.
- 20 M. Trusch, Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, Frankfurt/M. 1970, S. 90 ff.
- 21 L. Laboor, Sechs Jahrzehnte Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa, Berlin 1977, S. 67 ff.
- 22 M. Kossok o. a., S. 365, E. Laboor o. a., S. 72.
- 23 Die französische Volksfrontregierung unter L. Blum versagte jedoch, in dem sie sich während des spanischen Bürgerkriegs an die Nichteinmischung hielt und damit den deutschen und italienischen Faschisten sowie dem Putsch-General Franco half zu Lasten der spanischen Volksfrontregierung. Zur Volksfront vgl. auch E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 186.
- 24 L. Besymenski, Generale ohne Maske, Berlin 1963, S. 105.
- 25 In der CSR stritten die Vorstände von SDAP und KPC, während an der Basis gegen die zunehmende Aggressivität der Hitler-Anhänger nur die Volksfront ausreichende Gegenmacht organisieren konnte!
- 26 Shirer o. a., S. 616 ff., S. 652 ff. und S. 692 ff.
- 27 Ebenda, S. 778 ff. und S. 949 ff.

Dr. Rolf Richter

## Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939. Thesen

Der deutsch-sowjetische Vertrag vom August 1939 ("Hitler-Stalin-Pakt"), das geheime Zusatzprotokoll dazu und der anschließende Grenzvertrag vom 28. September gehören zu den heftigst diskutierten Ereignissen der Vorkriegszeit. Der "Pakt" steht in einem sehr komplexen geschichtlichen Zusammenhang. Aber die Beurteiler neigen je nach politischer Orientierung und Tagesinteressen oft zu unzulässiger Vereinfachung dieses Kontextes.

Die Interpretationen der Verträge reichen bis zu der besonders von extrem nationalistisch-konservativen polnischen Vertretern vorgebrachten Behauptung, damit sei die UdSSR der Verbündete Hitlerdeutschlands gewesen, Polen sei von beiden Mächten gemeinsam überfallen und geteilt worden (so Staatspräsident Kaczynski am 1. September 2009) und bis zur Gleichsetzung beider Länder im Sinne der Totalitarismuskonzeption. Aus gemäßigterer Sicht hat der Vertrag "Hitlers Krieg in diesem Moment ermöglicht" (Golo Mann).<sup>1</sup> Kritiker des Vertrages finden ihn moralisch verwerflich (so auch Putin 2009), prinzipienlos - manche Linke sprachen von "Verrat" - und mit Blick auf die Sicherheit der UdSSR weder notwendig noch zweckmäßig. ... Olaf Groehler hat zum Teil Interpretationen aus der Sicht Nazideutschlands und des Kalten Krieges (zum Beispiel von einer *Militärallianz* gegen Polen, S. 116) unkritisch übernommen. Viele Details seines Buches selbst widerlegen andererseits derartige Behauptungen.

Die hier vorgestellten Thesen befassen sich zunächst mit Aspekten, die bei der Beurteilung des Vertrages oft übersehen oder sogar bewusst verschwiegen werden. Im weiteren wird dann der heutige Streit am Beispiel der oben genannten Bücher betrachtet.

**1.** Gelegentlich wird **die internationale Lage der UdSSR** im Sommer 1939 als so komfortabel dargestellt, dass Moskau sich in Ruhe das beste Angebot aussuchen konnte. So schrieb Sebastian Haffner: *"Stalin fand sich im Sommer 1939 ganz unverhofft in einer beneidenswerten Lage: Er konnte plötzlich wieder zwischen dem Westen und Deutschland wählen, ja er wurde von beiden umworben ..."*<sup>3</sup> Solche Einschätzungen übersehen allerdings wichtige, für die Sowjetunion alarmierende Entwicklungen. Das Land befand sich bereits seit Ende 1936 in Spanien in indirekter militärischer Konfrontation mit den Achsenmächten. Sowjetische Flugzeug- und Panzerbesatzungen, Artilleristen, Matrosen der Blockadebrecher standen im Kampf mit Luftwaffe, Panzern und Marine der Faschisten.<sup>4</sup> Gleichzeitig wurden seit 1936 die Aktivitäten Japans im Fernen Osten und in Zentralchina immer bedrohlicher. Nach früheren begrenzten Zwischenfällen waren Einheiten der Roten Armee seit Mai 1939 bereits in heftige Kämpfe zur Abwehr einer massiven Aggression der Japaner gegen die verbündete Mongolei verwickelt. Ende August 1939 fand eine erfolgreiche Offensive der sowjetisch-mongolischen Truppen statt, die erst am 28. 8., also nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, beendet war. Für die Sicherheitslage der UdSSR als eurasischer Macht fiel die japanische Expansion erheblich ins Gewicht. ...

**2.** Eine Konstante in der 1939 gut zwanzigjährigen Existenz des Sowjetstaates war die Feindschaft aller wichtigen Mächte des Globus. Die sowjetische Diplomatie versuchte stets, dem durch Ausnutzung der Spannungen und Interessenkonflikte zwischen den feindlichen Großmächten zu begegnen und mittels zeitweiliger Abkommen und Zugeständnisse einzelne ihrer Gegner zu neutralisieren. 1939 verfügte die sowjetische Führung diesbezüglich bereits über beträchtliche Erfahrungen. Der erste, gewissermaßen klassische Fall dieser Art war der **"Frieden" von Brest-Litowsk**. Er führte erstmals zu einer partiellen Zusammenarbeit des Sowjetstaates mit einem seiner Todfeinde auf Grund einer zeitweiligen, immer auch fragilen partiellen Interessenübereinstimmung. ...

Ähnlich zwiespältig war 1921 der **Frieden von Riga** mit Polen. Er zwang den jungen Staat zur Abtretung von Westbjelorusland und Ostgalizien. Die Pariser Friedenskonferenz von 1919 hatte zunächst eine Grenzziehung zwischen Polen und Russland entlang der Sprachgrenze, der sogenannten Curzon-Linie, vorgesehen. Insbesondere auf Druck Frankreichs wurden diese Ge-

bierte dann Polen überlassen, jedoch mit der Maßgabe einer Volksabstimmung, die aber nie stattfand.<sup>5</sup> Statt dessen versuchte Polen die strittigen Gebiete zu annektieren, und die sowjetische Regierung war angesichts der immer noch schwierigen Lage des Landes gezwungen, diese an sich völkerrechtswidrige Grenzregelung zu bestätigen. ...

Anders lagen die Dinge beim **Vertrag von Rapallo (1920)**. Er trug keinen deutlichen Zwangscharakter, bei seinem Abschluss überwog die beiderseitige Interessenübereinstimmung. Und hier war die UdSSR tatsächlich erstmals in der Lage, zwischen einem etwas besseren und einem etwas schlechteren "Angebot" zu entscheiden. Ein übergeordneter Gesichtspunkt war aber auch für die sowjetische Genua-Delegation, eine Einheitsfront der Westmächte und Deutschlands durch den "Coup" von Rapallo zu verhindern. Die sich anschließende Entwicklung der Rapallo-Periode war für beide Länder wirtschaftlich und politisch vorteilhaft. Die enge (geheime) militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee war allerdings auch mit hohen Risiken verbunden, jedoch für die UdSSR alternativlos.

Dieser Rückblick ergibt, dass sich eine Tradition der sowjetischen Diplomatie entwickelt hatte, durch solche Vertragsabschlüsse die internationale Situation der UdSSR zu sichern und zu festigen. Sie war durchaus auch mit raschen und überraschenden Wendungen verbunden. Aus dieser Sicht war der Vertrag vom August 1939 kein Einzelfall, auch kein "Sündenfall", sondern lag auf einer bereits von Lenin begründeten Traditionslinie pragmatisch-realistischer Außenpolitik.

**3.** Im Sommer 1939 hatte jede der in Europa entstandenen drei Machtgruppierungen - UdSSR, Westmächte nebst Verbündeten und Achsenmächte - zwei Bündnisoptionen. Das **Münchener Abkommen**, Ergebnis einer deutlichen Annäherung letzterer beider, bedeutete allerdings die zumindest zeitweilige Isolierung der UdSSR. ... Die "Münchener Politik" erschütterte Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Westmächte bei ihren Verbündeten. Ihre zögerliche, unaufrichtige Verhandlungsweise während des Sommers verstimmte und verunsicherte die sowjetische Führung, der die parallel laufenden Londoner Kontakte von Sir Horace Wilson mit Görings Vertrauensmann Wohlthat nicht entgingen. Später stellte sich heraus, dass die Briten damals auch eine geheime Zusatzvereinbarung über "Interessenzonen" vorgeschlagen hatten: Deutschland hätte im Osten gegen Polen und die UdSSR freie Hand bekommen.<sup>6</sup> Im Grunde hat nicht der deutsch-sowjetische Pakt, sondern bereits das Münchener Abkommen mit seinen irreversiblen Folgen den Überfall auf Polen ermöglicht.

**4.** Auch Hitler hatte zwei Optionen. Seit März/April 1939 den Polenkrieg im Blick, hat er damals wegen eines deutsch-britischen Abkommens in London vorfühlen lassen. Doch die Briten waren verstimmt. Vorausgegangen waren der Novemberpogrom in Deutschland und Hitlers Bruch des Münchener Abkommens durch die Besetzung der Rest-Tschechei. Nach Urteil des deutschen Botschafters in London, Herbert von Dirksen, eines Spitzendiplomaten mit langer Erfahrung, veranlasste dieses Ereignis die eigentliche Kehrwende der britischen Politik: Aufrüstung und Bündnispolitik waren angesagt. Von da an wurde Moskau von Deutschen und Briten umworben, vorerst ohne viel Erfolg. Aber im Juli kam das britische Angebot an Ministerialdirektor Wohlthat: Nichtangriffspakt, Abgrenzung von Einflusszonen, Rückgabe deutscher Kolonien. Wohlthat gab die Sache über Göring an Hitler weiter - es geschah nichts. Dirksen wurde mit seiner Einschätzung, England würde wegen Polen in den Krieg eintreten, weder von Hitler noch von Ribbentrop auch nur angehört.<sup>7</sup> Dem deutschen Botschafter in Paris erging es nicht besser. Was war geschehen? Gewissheit über einen Pakt mit der UdSSR hatte Hitler noch lange nicht. War er gewillt, auch ohne eine solche Absicherung über Polen herzufallen? Dann hätte er weder die Gefahr seitens der Westmächte noch seitens der UdSSR allzu hoch bewertet. Der Vertrag mit Moskau war für ihn auch aus anderen als militärischen Gründen nützlich: Absicherung von Rohstoff- und Nahrungsmittelbezug, Transitrouten nach Asien. - Die deutsch-britischen Fühlungen von 1939 werden heute in der deutschen Publizistik kaum diskutiert.

**5.** Die Kritik linker Historiker betraf vor allem den militärischen, sicherheitspolitischen Aspekt (vgl. These 6) und die **völkerrechtliche Problematik**. Olaf Groehler: *"Als ... Argumentationskette indes wurde das ethnische Moment ins Spiel gebracht, die Bewahrung von drei Millionen Weißrussen und sieben Millionen Ukrainern vor dem faschistischen Joch ... Wer sich allein* (Hervorhebung von mir, R. R.) *mit ethnischen Begründungen daran macht, Gebietsverluste einzuklagen, der durfte sich nicht wundern, wenn die Landkarte Europas schließlich völlig umgeschrieben wurde ..."*<sup>2</sup> (S. 110 f.)



Die Pariser Friedenskonferenz sollte erstmals eine Nachkriegsordnung in Europa schaffen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhte. Damals ist ja eben *"die Landkarte Europas ... völlig umgeschrieben"* worden. Der in Ostgalizien 1918 entstandene westukrainische Staat war aber widerrechtlich von Polen annektiert worden (vgl. These 2). Es ging eben nicht um irgend welche Gebietsverluste der UdSSR. Ob es Moskau und Warschau ins Konzept passte oder nicht - die Ukrainer jeglicher Couleur hatten sich mit der polnischen Annexion nicht abgefunden. Die UdSSR hat also die nationalen Interessen der Ukrainer tatsächlich wahrgenommen - auch im Interesse ihrer eigenen inneren Sicherheit und Stabilität. Moskau hatte zu beachten, dass es auch nach der Zerschlagung der Petljura-Bewegung einen ukrainischen nationalistischen Untergrund gab, der mit Armeen und Geheimdiensten mehrerer Staaten zusammenarbeitete, darunter (seit 1938) mit der deutschen Abwehr. Groehler schloss selbst, der sowjetische Einmarsch hätte *"den Plänen der deutschen Abwehr in Ostgalizien ein Ende gesetzt"*<sup>2</sup> (S. 118). ...

Tatsächlich hat die Sowjetregierung also dem Wunsch vieler Ukrainer Rechnung getragen, auch um befürchteten Unruhen vorzubeugen. Chruschtschow schreibt: *"Es herrschte große Begeisterung bei unseren Truppen und der örtlichen Bevölkerung über den Anschluß der West-Ukraine an die Sowjetukraine. Historisch gesehen waren diese Gebiete immer von Ukrainern besiedelt gewesen."*<sup>6</sup> (S. 137 f.) Wehrmachtsvertreter bestätigten diese Stimmung der Bevölkerung auf ihre Art. Eine Meldung der 14. Armee an das OKH vom 24. 9. behauptete, die Russen seien *"aufgeputscht durch die größtenteils kommunistische Bevölkerung"*, und Groehler resümierte: *"Im gesamten Gebiet der Westukraine und Westbelorußlands wurde die Rote Armee von Weißrussen, Ukrainern und Juden freundlich begrüßt"*, und es *"setzte sehr rasch eine große Fluchtwelle polnischer Juden in die von der Sowjetunion besetzten Gebiete ein"*<sup>2</sup> (S. 131, 138).

Nimmt man das Eintreten der UdSSR für den Schutz der CSR hinzu, was bleibt dann übrig von der Behauptung, Moskau habe keine (hier nicht einmal definierten!) "nationalen und internationalen Interessen" verteidigt? Die Interessen des Sowjetstaates erforderten zugleich das Eintreten für die Tschechoslowaken und Ukrainer - *"Großmachtdenken"* hin oder her. Das geheime Zusatzprotokoll ließ die Frage eines zukünftigen polnischen Staates offen. Angesichts des Wiedererstehens eines starken Polen nach dem Krieg ist die Behauptung schlicht unverständlich, aus Moskauer Sicht habe es für ein *"selbständiges Polen"* keinen Platz gegeben. ...

**6. Zum sicherheits- und militärpolitischen Aspekt.** ... Groehler: *"Die stalinistische Hauptargumentationskette lief aber darauf hinaus, daß der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Polen dem deutschen Drang nach Osten einen wirksamen Sperrriegel vorlegte ... Diese Argumentation erweist sich im Rückblick als eine der großen Lügen des Zweiten Weltkrieges. Denn es war ja nun in der Tat beileibe nicht so, als ob dieser sowjetische Einmarsch der Naziführung ungerufen und ungelegen kam ..."*<sup>2</sup> (S. 110 f.)

Auf welche andere Weise die Sicherheit der UdSSR zu schützen war, wird nicht gesagt. Nach der Ablehnung des Litwinowschen Sicherheitspaktes (April) und dem Scheitern der Verhandlungen mit London und Paris im August waren die Alternativen erschöpft. Daher meinte der militärisch nicht gerade unerfahrene Churchill: *"Es ist klar, daß die russische Armee diese Linie beziehen mußte, um Rußland vor der nazistischen Bedrohung zu schützen ..."* (in BBC, 1. 10. 39). - Zwei Stichworte sind noch zu betrachten.

**Militärische Allianz?** Der sowjetische Einmarsch kam für Berlin nicht *"ungerufen und ungelegen"*. Nein, Moskau ist von den Deutschen mehrfach aufgefordert worden, endlich einzugreifen. Seit dem 23. 8. und erst recht nach dem 1. 9. 1939 taten Naziregierung und Wehrmachtsführung alles, um der Welt die UdSSR als Alliierten zu präsentieren. Trotz freundlicher Gesten im Stil der Militärdiplomatie vermied aber die sowjetische Seite jedes tiefere Einlassen auf die deutschen Wünsche im Krieg. Das war für Groehler nicht Anlass zu kritischer Analyse. Aber viele Details seiner Darstellung sprechen gegen die These von der Allianz. Es gab keine genaueren Absprachen über Termin des sowjetischen Einmarsches und den Verlauf einer Demarkationslinie. Die UdSSR ließ sich nicht auf die ursprünglich im Zusatzprotokoll vorgesehene Weichsel-Linie ein, sondern beschränkte sich auf die am Bug verlaufende östlichere Curzonlinie als Grenze. Die Rote Armee griff erst ein, als die Deutschen bereits tief in Ostpolen standen. Sie hinderte die Polen nicht, wie Berlin es wünschte, am Abzug nach Rumänien. Der Einmarsch (17. 9.) kam für die Deutschen *"terminlich überraschend und unkonventionell"*. Selbst Abwehrleute fanden die Demarkationslinie *"unklar"* und *"unglücklich"* (wegen des entgangenen Erdölreviers). Das *"unkoordinierte Vorgehen"* führte zu Zusammenstößen zwischen Einheiten der Wehrmacht und der Roten Armee (bei Bialystok und Brest). Vor Lemberg und dem Ölgebiet von Borisow-

Drohobytch musste die Rote Armee den Rückzug der Wehrmacht erzwingen. Ein hochrangiger Kontaktoffizier der Wehrmacht beobachtete bei einer Tour ins sowjetische Okkupationsgebiet *"ablehnende oder gar drohende Haltung"* der Soldaten. Nach deutschen und polnischen Quellen hätten die Sowjets angeblich Waffenhilfe gegen polnische Einheiten versprochen. Aber für tatsächliches Zusammenwirken nennt Groehler keine Belege. Es kam auch zu Zusammenstößen sowjetischer Truppen mit Polen (nach Groehler mindestens 40 Fälle) mit Verlusten auf beiden Seiten. Ob polnischerseits reguläre oder irreguläre Einheiten beteiligt waren, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls hatte die Rote Armee Anweisung, Waffengebrauch gegen Polen zu vermeiden. Marschall Rydz-Smigly informierte seinerseits die polnischen Einheiten am 17. September: *"Die Sowjets sind einmarschiert. Ich befehle den allgemeinen Rückzug nach Rumänien und Ungarn ... Mit den Sowjets ist nicht zu kämpfen."* Das Garnisonskommando Lemberg (Lwow) wurde angewiesen: *"Wir kämpfen nur gegen Deutschland. Mit den Bolschewisten führen wir keinen Krieg."*<sup>2</sup> (S. 135 f.) Dementsprechend zeigt eine deutsche Kartendarstellung von 1941 nur eine nach Westen gerichtete Verteidigungslinie für Lemberg. Eine Militärallianz sieht eigentlich anders aus.

**Zum Glacis.** Marschall Shukow<sup>9</sup> und der britische Militärhistoriker Keegan<sup>10</sup> bemängelten übereinstimmend Fehlen tief gestaffelter Verteidigung an der neuen sowjetischen Grenze und zu große Grenznähe der Befestigungen. Ersteres spricht natürlich nicht gegen, sondern für den Wert eines Glacis. Die befestigten Räume an der neuen Westgrenze unterschieden sich hinsichtlich der Grenzentfernung nicht von der "Stalin-Linie" an der alten Grenze. Sie waren dem Zusammenwirken starker Panzerstoßkeile mit massiver Luftunterstützung nicht gewachsen - kein Einwand gegen den Wert eines Glacis. Shukow nennt verschiedene Ursachen für die im Juni/Juli 1941 über die UdSSR hereingebrochene militärische Katastrophe: Fehleinschätzung der Hauptangriffsrichtung des Gegners, Fehler bei der Truppenführung, falsche Lozierung der Truppen und des Nachschubs, erst begonnene Umrüstung der Armee, nicht abgeschlossene Ausrüstung der Grenzanlagen (beider Linien). Hauptfaktor war offensichtlich die Überraschung und der dadurch zu späte Mobilisierungsablauf. Alles das hätte bei Verzicht auf die Westausdehnung nicht anders, nur noch verheerender gewirkt. ... Die Wehrmacht hat für die Überwindung des "Glacis" (230 km Luftlinie im Süden, 375 km im Norden) sowie der Stalin-Linie an der alten Grenze im Schnitt zwei Wochen gebraucht, in der Ukraine etwas mehr. Aber die zwei Wochen ermöglichten die weitere Mobilisierung im Landesinneren und fehlten der Wehrmacht bei Wintereinbruch vor Moskau. Sie haben vielleicht die sowjetische Metropole gerettet. ...

7. Der sowjetische Einmarsch in Ostpolen war ein Bruch des Völkerrechts, ebenso wie die polnische Annexion von 1921, ebenso wie das Münchener Abkommen. Man kann ihn unmoralisch finden, vor allem wenn man sich auf deklarierte kommunistische Grundsätze und Ziele bezieht. Man muss aber berücksichtigen, dass der Begriff "Moral" allseitige Akzeptanz eines Wertsystems voraussetzt. Doch was tun, wenn dieses System nicht allseits akzeptiert und gültig ist? Kann "Selbstmord aus Gründen der Moral" eine Lösung sein? Der konservative Basler Kulturhistoriker Jacob Burckhardt (1818 - 1897) hat vor der Herauslösung geschichtlicher Ereignisse aus ihrem historischen Kontext gewarnt: *"Unsere sittliche Kritik vergangener Weltalter irrt leicht. Sie löst sich schwer ab von den Gegensätzen unserer Tage und trägt heutige Wünschbarkeiten auf die Vergangenheit über. Sie geht ferner aus von Leuten, die im Schirm der von außen garantierten Ordnung (...) ruhig sitzen und von einem heftig bewegten und bedrohten Leben keine Ahnung haben. Sie faßt endlich die Charaktere zu bewußt und zu prinzipiell und rechnet ihnen die Not des Augenblicks und die tägliche Verteidigung dagegen zu wenig zu gute."*<sup>11</sup> (S. 318)

#### Anmerkungen

1 Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1992, S. 860.

2 Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920 - 1942, Berlin 1992.

3 Sebastian Haffner, Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, 3. Aufl., Zürich 1989, S. 141. Mit "wieder" ist die zuvor von Haffner dargestellte Situation von Rapallo (1922) gemeint.

4 Angaben zum Ausmaß der sowjetischen Hilfe für die spanische Republik z. B. bei I. Hidalgo de Cisneros, Kurswechsel, Berlin 1976, und bei N. G. Kusnezow, Am Vorabend, Berlin 1973.

5 B. E. Stein, Die "russische Frage" auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 - 1920, Leipzig 1953.

6 Das Archiv Dirksens (1938 - 1939). In: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges (Hrsg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Bd. II, Moskau 1949. Bot-

- schafter von Dirksen schlussfolgerte aus dem britischen Angebot: *"Dann wären die Polen gewissermaßen mit Deutschland allein gelassen."* (S. 192/193)
- 7 Nach Dirksen hat sich Göring bei Hitler vergeblich für das britische Angebot eingesetzt, das über die Londoner französische Botschaft in die Öffentlichkeit gelangt sein soll: Herbert von Dirksen, *Moskau-London-Tokio. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919 - 1939*, Stuttgart 1949, S. 351 ff.
- 8 Chruschtschow erinnert sich. *Die authentischen Memoiren* (Hrsg. S. Talbot, Kommentar E. Crankshaw), Reinbek b. Hamburg 1992. Das Buch ist wegen der zweifelhaften Art der Textbearbeitung durch die amerikanischen Herausgeber sehr kritisch zu lesen.
- 9 K. Shukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, Berlin 1969.
- 10 John Keegan, *Unternehmen Barbarossa*, 2. Aufl., Rastatt 1993.
- 11 Jacob Burckhardt, *Weltgeschichtliche Betrachtungen - Historische Fragmente* (Sammlung Dietrich 401), Leipzig 1985.

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

## Über die Wende im zweiten Weltkrieg

Der zweite Weltkrieg bestand in der Summe von tagtäglich weltweit und mit großer Erbitterung geführten Kämpfen zur Abwehr und zur Niederschlagung von Aggressoren ... Im Ringen um den Sieg war *jeder* Verlust, *jede* Niederlage schmerzlich und war *jeder* der zumeist sehr schwer, oft unter Aufbietung letzter Kräfte errungenen Siege wichtig und ein Schritt voran auf dem blutigen Weg zum Frieden und zur Befreiung der Völker.

Zugleich zeigt die Geschichte, dass einige Schlachten aus der großen Zahl solcher erbitterten militärischen Auseinandersetzungen herausragen, dass manchen von ihnen eine außerordentliche Bedeutung zukommt. Es verwundert nicht, dass vor allem *nach* dem Krieg, mit dem offenen Zutagetreten antisowjetischer Kräfte im kalten Krieg diese und manche anderen Leute in der wissenschaftlichen und propagandistischen "Nachbereitung" des zweiten Weltkrieges wichtige Tatsachen und Zusammenhänge verschwiegen oder entstellten, dass von ihnen nicht wenig getan wurde und wird, *ihre* Interpretation der Geschichte zur bestimmenden zu machen.

Ein wichtiges Thema, das solche Neu- bzw. Umdeutungen erfährt, sind die Schlachten um Stalingrad und um El Alamein oder, mit anderen Worten, die Wichtigkeit und Tragweite, die 1942/1943 sowohl den Siegen an der sowjetisch-deutschen Front wie auch denen in Nordafrika zukommt.

Zuerst ist daran zu erinnern, dass seit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die deutschen Aggressoren bis zu ihrem schmählichen Ende die deutsch-sowjetische Front zu jeder Zeit die mit weitem Abstand wichtigste war. An dieser Front waren von den deutschen Heeresverbänden eingesetzt: am 22. Juni 1941 - 69,6 Prozent, am 1. Januar 1942 - 70,0 Prozent, am 1. Januar 1943 - 70,8 Prozent, am 1. Januar 1944 - 62,7 Prozent, am 1. Juli 1944 - 51,8 Prozent und am 1. Januar 1945 - 60,6 Prozent. An dieser Front kamen nicht nur die meisten deutschen Streitkräfte zum Einsatz, es waren auch zumeist technisch am besten ausgerüstete und über die größten Erfahrungen verfügende Verbände.

Im Frühsommer 1941 stand das faschistische Deutschland auf dem Höhepunkt seiner Macht. Unter Bruch des mit der UdSSR geschlossenen Nichtangriffsvertrages ging es daran, die Sowjetunion, das Haupthindernis bei der Verwirklichung der Eroberungspläne des deutschen Imperialismus, zu überfallen. Dafür wurden etwa 4,5 Millionen Mann, etwa 4000 Panzer, über 50 000 Geschütze und Granatwerfer sowie rund 4900 Flugzeuge aufgeboten. 153 Divisionen, das waren über 70 Prozent des Heeres, sowie 40 Divisionen der Satellitenstaaten setzten sich am 22. Juni 1941 in Bewegung. Nach ersten großen Erfolgen der Aggressoren gelang es der Roten Armee unter größten Anstrengungen, die deutschen Truppen in der Schlacht bei Smolensk zeitweilig aufzuhalten und schließlich im Vorgelände von Moskau zum Stehen zu bringen. Zusammen mit den schweren Abwehrkämpfen an den anderen Frontabschnitten bedeutete dies, dass die Blitzkriegsstrategie, deren Scheitern sich bereits im Sommer und Herbst abzeichnete, schon fünf Monate nach Einfall in die Sowjetunion zusammengebrochen war.

Am 5. und 6. Dezember 1941 begann bei Moskau der sowjetische Gegenangriff, der sich zur allgemeinen Offensive ausweitete. Die starke faschistische Heeresgruppe Mitte geriet an den Rand des Zusammenbruchs, wurde vor Moskau um 150 bis 300 Kilometer zurückgeworfen. Nach Abschluss der Winterschlacht hatten die Deutschen über eine halbe Million Soldaten, 1300 Panzer, 2500 Geschütze und mehr als 15 000 Kraftfahrzeuge verloren. Die deutschen Streitkräfte hatten damit im zweiten Weltkrieg ihre erste große Niederlage erlitten - nicht, wie es manche Darstellungen zu vermitteln suchen, 1942/1943, also ein Jahr später, in Nordafrika. Zum ersten Mal konnten die Völker erkennen, dass die Aggressoren, die bislang als unbesiegbar erschienen waren, nicht unüberwindbar waren, dass es eine Kraft gab, die ihnen zu widerstehen und schwere Niederlagen zuzufügen vermochte. Die strategische Initiative war an die Rote Armee übergegangen. Kurt von Tippelskirch, einer der ranghöchsten Militärs, urteilte: "Für die deutsche Kampfführung hatte das Ergebnis dieses Winters ..., auf längere Sicht gesehen, die verderblichsten Folgen, die sich für den späteren Zusammenbruch nicht nur der Ostfront entscheidend auswirken sollten."<sup>1</sup> Die Schlacht vor Moskau, die sich G. K. Shukow, wie dieser in seinen Erinnerungen schrieb, "aus dem vergangenen Krieg am stärksten eingeprägt hat"<sup>2</sup>, war ein großer, für jene Monate außerordentlich wichtiger, ja, für das Bestehen der Antihitlerkoalition entscheidender Sieg. Doch war er noch nicht ausschlaggebend für den weiteren Verlauf des Krieges, denn auch die Rote Armee hatte in den neun Monaten bis zum Abschluss der Winteroffensive 1941/1942 enorme Verluste erlitten, die nur schwer ersetzt werden konnten.

Für die Sowjetunion blieb die Lage bedrohlich. Die faschistische Führung füllte ihre Streitkräfte an der deutsch-sowjetischen Front durch eigene und durch Truppen der Satelliten stark auf. An dieser Front wurden 217 Divisionen und 20 Brigaden eingesetzt, darunter 178 Divisionen, acht Brigaden und vier Luftflotten der Wehrmacht. G. K. Shukow schrieb: "Im Mai 1942 verfügte die faschistische Wehrmacht an der sowjetisch-deutschen Front über ein 6-Millionen-Heer, davon 810 000 Mann der Satellitenarmeen, ferner 3230 Panzer und Selbstfahrlafetten, etwa 57 000 Geschütze und Granatwerfer und 3400 Kampfflugzeuge. An Mannschaften, Geschützen und Granatwerfern war uns der Gegner immer noch überlegen. Wir besaßen dagegen eine gewisse zahlenmäßige Überlegenheit an Panzern, jedoch war der größte Teil unserer Panzer denen des Gegners vorläufig noch qualitativ unterlegen."<sup>3</sup> Wie Shukow vermerkte, konnte sich der Gegner an den übrigen Fronten und in den besetzten Ländern "mit höchstens 20 Prozent seiner Streitkräfte begnügen, da unsere Verbündeten noch immer keine zweite Front errichtet hatten".<sup>4</sup>

Gewaltige Anstrengungen und schwere Kämpfe standen noch bevor, um die Wende im Krieg zu erzwingen. Als Volkskommissar für Verteidigung hatte J. W. Stalin im Befehl Nr. 55 am 23. Februar 1942 vor der Unterschätzung der drohenden Gefahren und der Anstrengungen gewarnt: "Der Feind erleidet Niederlagen, ist aber noch nicht zerschlagen und - um so weniger - endgültig erledigt. Der Feind ist noch stark. Er wird seine letzten Kräfte anspannen, um Erfolge zu erzielen. Und je mehr Niederlagen er erleidet, um so bestialischer wird er werden."<sup>5</sup> Doch war es nach dem Scheitern seiner Blitzkriegsstrategie und der Niederlage vor Moskau im Winter 1941/1942 dem faschistischen Oberkommando schon nicht mehr möglich, so wie das 1941 mit dem Plan "Barbarossa" erfolgt war, gleichzeitig in allen strategischen Richtungen anzugreifen. Deshalb konzentrierte es sich für das Jahr 1942 darauf, "die sowjetischen Truppen im Süden zu schlagen, den Kaukasus zu besetzen, zur Wolga vorzustoßen, Stalingrad und Astrachan zu nehmen und damit die Voraussetzungen für die Vernichtung der UdSSR als Staat zu schaffen".<sup>6</sup> Nach Erreichung dieser Ziele hoffte die deutsche Führung erneut in den Richtungen Leningrad und Moskau angreifen und so den "Endsieg" erreichen zu können.

Am 28. Juni 1942 eröffneten die Deutschen und ihre Satelliten die Sommeroffensive am Südabschnitt der Front. Im Juli erfolgte die Teilung der angreifenden Verbände in eine Heeresgruppe A, die sich zum Kaukasus vorwärtsbewegte, und in eine Heeresgruppe B, die auf Stalingrad vordrang. Damit hatten die Aggressoren die strategische Initiative, die sie vor Moskau verloren hatten, vorerst wiedererlangt. Die Streitkräfte der Aggressoren gewannen in beiden Richtungen an Boden und machten erneut - ähnlich wie 1941 - viele Gefangene. Die sowjetischen Truppen konnten nicht standhalten, es kam zu Desertionen und zum Zurückweichen vor dem Gegner.

Um zu erkennen, wie ernst die Lage war, genügt es, sich mit dem Befehl Nr. 227 des Volkskommissars für Verteidigung, J. W. Stalin, vom 28. Juli 1942, bekannt unter der Losung "Nicht einen Schritt zurück", vertraut zu machen. Diese Forderung war nicht neu. Doch diesmal gab es

völlige Offenheit über die Gefahren für das Land. Ohne jegliche Beschönigung der für die UdSSR entstandenen sehr schwierigen Lage wurden harte Maßnahmen befohlen, um in der Armee strengste Ordnung und eiserne Disziplin einzuführen. Miesmacher und Feiglinge sollten auf der Stelle exekutiert werden. Kommandeure, die eigenmächtiges Verlassen der Stellungen duldeten, waren vor ein Kriegsgericht zu stellen. Hinter unzuverlässigen Divisionen positionierte gut bewaffnete Einheiten sollten im Fall einer Panik oder ungeordneten Rückzugs von Truppenteilen Panikmacher und Feiglinge erschießen. Zudem waren im Bereich der Armeen Strafkompanien aufzustellen.

Im November 1942 erreichte die faschistische Expansion in Europa ihre größte Ausdehnung. Das sollte sich nunmehr mit dem 200 Tage und Nächte währenden Ringen um Stalingrad grundlegend ändern. Die Verteidiger der Stadt zermürbten die an einigen Stellen bis zur Wolga vorgedrungenen deutschen Verbände, vereitelten die vollständige Einnahme der Stadt durch die Deutschen. Das Blatt begann sich zu wenden. Denn inzwischen hatte die sowjetische Führung weiträumig an drei Fronten starke Verbände für eine mächtige Gegenoffensive, die Operation "Uranus", zur Zerschlagung der deutschen Gruppierung mitsamt ihren Satellitentruppen zusammengezogen. Diese Offensive begann am 19. November 1942 und endete am 2. Februar 1943 mit der Kapitulation der Reste der 6. Armee sowie der Zurückdrängung und weitgehenden Vernichtung der zu ihrem Einsatz aufgebotenen Armeegruppe Hoth. Eine der bedeutendsten Gruppierungen der deutschen Wehrmacht war untergegangen. In diesen zweieinhalb Monaten wurden 32 Divisionen und drei Brigaden der Aggressoren vollständig zerschlagen, weitere 16 Divisionen verloren 50 bis 75 Prozent ihres Bestandes. Die im Kessel von Stalingrad eingeschlossenen rund 300 000 Mann starken Verbände waren vernichtet worden. Über 91 000 erschöpfte und unterernährte, zumeist kranke und verwundete deutsche Soldaten gingen in Gefangenschaft, nur etwa 5000 von ihnen sahen die Heimat wieder. Die sowjetischen Verluste betragen 480 000 Soldaten und eine nicht bekannte Zahl von Zivilisten.

Nach der Dauer und der Erbitterung, mit der die Kämpfe geführt worden waren, nach der Zahl der an ihnen beteiligten Menschen und der Menge der eingesetzten Technik übertrafen die Kämpfe um Stalingrad damals alle Schlachten der Weltgeschichte. Sie waren auf einem gewaltigen Territorium von 100 000 Quadratkilometern geführt worden. Insgesamt waren auf beiden Seiten mehr als zwei Millionen Menschen sowie bis zu 2000 Panzer, mehr als 2000 Flugzeuge und bis zu 26 000 Geschütze beteiligt. Während der insgesamt sechseinhalb Monate dauernden Schlacht zwischen Wolga und Don verloren die Aggressoren über ein Viertel ihrer an der sowjetisch-deutschen Front eingesetzten Kräfte. Ungefähr 1,5 Millionen Soldaten und Offiziere des Gegners waren gefallen, verwundet oder gefangengenommen worden.

G. K. Shukow gibt die Wertung des ehemaligen faschistischen Generalstabsoffiziers Siegfried Westphal wieder, der die Niederlage bei Stalingrad als Schrecken für das deutsche Volk und seine Armee bezeichnete. Nie zuvor, so Westphal, habe es in der deutschen Geschichte einen so grauenhaften Untergang dieses Ausmaßes gegeben.<sup>7</sup> Anlässlich des "heroischen" Untergangs der 6. Armee ordnete die Hitlerregierung drei Tage Staatstrauer an und proklamierte Joseph Goebbels auf der makabren Kundgebung im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 den "totalen Krieg".

Die Stimmung großer Teile der deutschen Bevölkerung widerspiegelte sich in den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS. So hieß es im Bericht vom 4. Februar 1943: "Die Meldung vom Ende des Kampfes in Stalingrad hat im ganzen Volke noch einmal eine tiefe Erschütterung ausgelöst ... In erster Linie ist es die Höhe der Blutopfer, nach denen die Bevölkerung fragt ... Ferner wird in allen Bevölkerungsschichten die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in Stalingrad und die Notwendigkeit der ungeheuren Opfer diskutiert ... Allgemein ist die Überzeugung vorhanden, dass Stalingrad ein(en) Wendepunkt des Krieges bedeutet."<sup>8</sup> ...

Im Herbst 1942 hatten die Alliierten die Initiative über die Aggressoren zurückgewonnen - in der Sowjetunion, in Nordafrika und auf dem Atlantik. Im pazifischen Raum waren die Japaner gestoppt worden und sie hatten ihre erste schwere Niederlage erlitten. Von diesen Ereignissen war der Sieg in der Schlacht um Stalingrad von besonderer, herausragender Wirkung.

Daran gab es damals keinen Zweifel. So gratulierte der Präsident der USA F. D. Roosevelt am 5. Februar 1943 J. W. Stalin zum "glänzenden Sieg, den die Armeen unter Ihrem Oberkommando bei Stalingrad errungen haben".<sup>9</sup> ... Diese Wertung bekräftigte Roosevelt, als er im Mai 1944 der Stadt Stalingrad eine Urkunde übersandte, in der es hieß: "Ihr ruhmreicher Sieg

brachte die Welt der Aggression zum Stehen und wurde zum Wendepunkt des Krieges der alliierten Nationen gegen die Kräfte der Aggression."<sup>10</sup>

Die Schlacht von Stalingrad zerstörte endgültig den Nimbus von der Unbesiegbarkeit des deutschen Soldaten und der deutschen Waffen, gab den Völkern der Antihitlerkoalition große Hoffnung und Zuversicht, führte zur Schwächung des Einflusses Nazideutschlands auf seine Verbündeten, zu Absetz- und Krisenerscheinungen im faschistischen Bündnis, zum Aufschwung der antifaschistischen und nationalen Widerstands- und Befreiungsbewegungen, mehrte Zweifel und Unsicherheit an der "Heimatfront".

Angesichts all dessen mutet es schon seltsam an, wenn nach dem Krieg manche Militärs, Historiker und Journalisten ein anderes Bild gerade von den Ereignissen 1942/1943 zeichneten. Einige stellten diese gewaltige kriegerische Auseinandersetzung zwischen Wolga und Don in Bezug auf ihre Dimensionen und ihre Tragweite mit den Kämpfen in Nordafrika - beginnend mit dem Durchbruch der britischen und mit ihnen verbündeten Truppen bei El Alamein Anfang November 1942 und dem Rückzug der deutsch-italienischen Verbände nach Tunesien bis zu ihrer Kapitulation im Mai 1943 - auf eine Stufe.

Eine solche Sicht entstellt die Tatsachen. Denn die deutsch-sowjetische Front war und blieb für die deutsche faschistische Führung jederzeit die Hauptfront. Während die faschistischen Aggressoren im Herbst 1942 an der deutsch-sowjetischen Front 266 Divisionen eingesetzt hatten, waren während der Kämpfe bei El Alamein in Nordafrika nur etwas mehr als 12 Divisionen, davon acht italienische, stationiert. Sie verfügten über 96 000 Mann, 500 Panzer und 372 Flugzeuge. Auch bewirkten die Verluste in Nordafrika trotz Hilfeersuchens des italienischen Diktators Mussolini keinen Abzug deutscher Truppen von der deutsch-sowjetischen Front. Im Gegenteil: Die erbitterten und großräumigen Kämpfe und die Verluste der deutschen und der mit ihnen verbündeten Truppen im Osten banden weiter die deutschen Verbände und erleichterten somit die Operationen der angloamerikanischen Streitkräfte an ihren Fronten. Wie die Militärgeschichtsschreibung der DDR urteilte, erwies sich, "daß die Kämpfe in Nordafrika und die Schlacht im Atlantik zwar Schlachten von strategischer Bedeutung waren; aber nur weil die Rote Armee der stärksten imperialistischen Landstreitmacht standhielt und ihren Offensiven ein Ende setzte, konnten die Westmächte an den anderen Fronten ihre Kräfte gegen die Wehrmacht erfolgreich entfalten".<sup>11</sup> Nach den Niederlagen in den Jahren 1939 bis Mitte 1942 begann nun auch für die westlichen Alliierten eine Serie von Erfolgen. Der Sieg bei El Alamein war gewiss von weitreichender Bedeutung, doch vor allem auf den weiteren Verlauf des Krieges in Nordafrika beschränkt, die Kämpfe in Nordafrika waren und blieben Operationen auf einem Nebenkriegsschauplatz.

Auch die mit der Operation "Torch" am 8. November 1942 begonnene Anlandung angloamerikanischer Gruppen in Nordwestafrika, vom englischen Premierminister Winston Churchill sozusagen als Ersatz für die zugesagte zweite Front in Westeuropa ausgegeben, ändert daran nichts. Für die seit Mitte 1942 erneut unter größten Anstrengungen sich der Angriffe der Deutschen erwehrende Rote Armee wäre gerade in jenen Monaten, die für den weiteren Verlauf des Krieges in Europa entscheidend waren, die Eröffnung der zweiten Front in Westeuropa eine wirklich effektive Hilfe gewesen, damals nötiger und wirksamer als in einer anderen Phase des Krieges. ...

Dem britischen Militärhistoriker Will Fowler ist zuzustimmen, der - wenngleich er die Ursachen des Sieges der Roten Armee bei Schicksalsmächten sucht und nicht die tatsächlichen Faktoren ihrer Überlegenheit nennt - folgende Einschätzung trifft: "Im Winter 1941/42 vor Moskau entschied das Schicksal (!), dass Nazideutschland den Zweiten Weltkrieg nicht gewinnen würde. Doch ein Jahr später in Stalingrad war es dazu verdammt, ihn zu verlieren. Die Niederlage des Afrikakorps und der Verlust Nordafrikas an die angloamerikanischen Armeen war kein tödlicher Schlag für das 'Dritte Reich', aber sehr förderlich für die Kampfmoral Englands und der USA. Das Jahr 1942 war nicht nur wichtig für den Sieg in Stalingrad, es markierte auch jenen Punkt, an dem die sowjetische Rüstungsproduktion die der Deutschen übertraf."<sup>12</sup>

Der sowjetischen Führung war bewusst, dass mit dem Siege bei Stalingrad ein großer Schritt zur Vernichtung des Aggressors getan war, dass aber noch enorme Anstrengungen und viele Opfer nötig sein würden, um die strategische Initiative zu behalten und die Wende im Krieg endgültig herbeizuführen. In sachlicher, realistischer Einschätzung des schwer angeschlagenen, aber immer noch starken Gegners sprach deshalb G. K. Shukow davon, dass der Sieg bei Stalingrad "der *Beginn* (Hervorhebung von mir, E. Tr.) des grundlegenden Umschwungs im Kriege

zugunsten der Sowjetunion und der Beginn der Vertreibung des Gegners"<sup>13</sup> war - also noch nicht der Umschwung, die Wende selbst in ihrer Vollständigkeit.

Dies geschah einige Monate später mit den Siegen der sowjetischen Streitkräfte im Kursker Bogen und am Dnjepr im zweiten Halbjahr 1943. Hatte die Schlacht vor Moskau 1941/1942 gezeigt, dass die Aggressoren besiegt werden können und hatte die Schlacht von Stalingrad den Grundstein für den grundlegenden Umschwung gelegt, die Wende im Krieg in Europa eingeleitet und verdeutlicht, dass Hitlerdeutschland auf die Verliererstraße geraten war, so vollendete die Rote Armee bei Kursk und am Dnjepr von Juli bis Dezember 1943 diesen Umschwung, der durch die folgenden Kämpfe gefestigt wurde. Die strategische Initiative verblieb von nun an endgültig bei der Sowjetarmee. Wie sich zeigte, hatten die Panzerverbände der Faschisten ihre Stoßkraft und die Luftstreitkräfte ihre Überlegenheit ein für allemal verloren. In seinem Bericht als Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees in der Festsitzung am 6. November 1943 fasste J. W. Stalin das mit folgenden Worten zusammen: "War die Schlacht bei Stalingrad ein Vorbote des Untergangs der faschistischen deutschen Armee, so führte die Schlacht bei Kursk sie vor die Katastrophe."<sup>14</sup>

Es bleibt Tatsache und kann nicht ernsthaft bestritten werden: Die deutsch-sowjetische Front war die Hauptfront des Krieges in Europa, ja, des Krieges insgesamt, und die UdSSR trug die Hauptlast des Kampfes der antifaschistischen Koalition, nicht zuletzt auch wegen des langen Ausbleibens der zweiten Front in Westeuropa. Sie blieb dies auch dann noch, als im Juli 1943 starke alliierte Kräfte in Sizilien an Land gegangen und endlich im Juni 1944 die Landung der Truppen der westlichen Alliierten in Frankreich erfolgt waren. Mehr als drei Jahre wütete der Krieg auf sowjetischem Territorium. Die UdSSR verlor absolut die meisten Menschen, und sie erlitt die größten Verluste an materiellen und geistigen Gütern. Es waren die Streitkräfte der Sowjetunion, die den Truppen der hitlerfaschistischen Aggressoren und ihrer Vasallen gerade in den wichtigen Jahren 1941 bis 1943 schwere Schläge versetzten und Niederlagen zufügten, die, wie sich bald zeigte, das Kriegsgeschehen grundlegend veränderten und die Frage nach den Siegern in dieser weltweiten Auseinandersetzung beantworteten zugunsten des Antifaschismus, der Befreiung und des Friedens, wenngleich auch die noch folgenden Kämpfe an allen Fronten erbittert waren und Leben und Gesundheit vieler Millionen Menschen kosteten. ...

In Frankreich, Belgien und den Niederlanden standen im Mai 1944 in Erwartung der westalliierten Invasion 59 deutsche Divisionen bereit; 34 von ihnen besaßen fast keine Transportmittel und wiesen als sogenannte Küsten- und bodenständige Divisionen nur geringen Kampfwert auf. Relativ hoch war der Kampfwert der neun Panzerdivisionen. Die in Westeuropa stationierte Luftflotte 3 verfügte über 891 Flugzeuge. Als am 6. Juni 1944 die Landung der westalliierten Streitkräfte in der Normandie begann, stand dort nur ein einziger motorisierter deutscher Verband, eine Panzerdivision. Die Schwäche der deutschen Verteidigung offenbarte, "in welchem Maße bereits auf den Schlachtfeldern in der Sowjetunion der Erfolg der Invasion entschieden worden war. Die Sowjetarmee hatte die faschistische Wehrmacht derart geschlagen und band sie so stark, daß sie zur Abwehr der alliierten Truppen in Westeuropa keine ausreichenden Kräfte und Mittel bereitstellen und einsetzen konnte."<sup>15</sup>

In diesem Zusammenhang zitiere ich den Militärhistoriker Karl Bahm, der feststellte: "... aber selbst im Westen zweifelt kaum ein Historiker daran, dass diese Ehre (Hitler besiegt zu haben, E. Tr.), wenn sie schon jemand für sich beanspruchen hätte können, dann wohl eher Schukow oder vielleicht Stalin gebührt hätte. Es ist erschreckend, welch unverhältnismäßig großen Anteil die Sowjetunion an den Kämpfen und Verlusten im Krieg hatte: Von Dezember 1941 bis November 1942 kämpften an der Ostfront rund neun Millionen sowjetische und deutsche Soldaten, während vielleicht ein paar Hunderttausend Briten die Deutschen und Italiener in relativ kleine Gefechte in Nordafrika verwickelten ... Die Deutschen erlitten ihre größten Verluste ebenfalls im Osten: Von Gesamtverlusten in der Höhe von 13,48 Millionen Mann verloren die deutschen Streitkräfte 10,76 Millionen (fast 80 Prozent) an der Ostfront. Im Vergleich zu den Verlusten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, jeweils 400 000 und 430 000, erlitt die Sowjetunion Verluste von beinahe 29 Millionen und weitere 15 Millionen unter der Zivilbevölkerung. Aber ganz abgesehen von ihren großen Opfern gelang es der Sowjetunion durch das militärische Können, die Tapferkeit und allein schon durch das Durchhaltevermögen ihrer Streitkräfte, das Deutsche Reich schließlich in die Knie zu zwingen."<sup>16</sup>

In der Reihe gewaltiger Schlachten des zweiten Weltkrieges kommt dem Ringen in und um Stalingrad, zwischen Wolga und Don für immer herausragende Bedeutung zu. Über die Wirkung

dieses Sieges der Roten Armee schrieb der englische Journalist Richard Squires, der während des Krieges als Offizier in der britischen Armee diente: "Diese Russen mit ihrem bewundernswerten Mut und ihrer Ausdauer, mit ihrer unbeugsamen Moral und ihrem eisernen Siegeswillen hatten schon lange die Bewunderung und Begeisterung unserer Soldaten hervorgerufen. Aber als wir von ihrem Sieg an der Wolga vernahmen, empfanden wir außerdem ein großes Gefühl der Erleichterung. Zwar hatte kurze Zeit vorher unsere Armee in Nordafrika Rommel bei El Alamein ordentlich verprügelt, aber das war weit weg an der ägyptischen Grenze, weit von den Orten, an denen die Nazis ihre Hauptkräfte konzentriert hatten. Stalingrad war es, von wo die ersten Nachrichten eines entscheidenden Sieges über Nazideutschland herkamen. Wir erkannten, dass die Helden von Stalingrad nicht nur für Rußland kämpften, sondern für Europa, das unter den Nazikommißstiefeln stöhnte, und auch für uns Briten."<sup>17</sup>

### **Anmerkungen**

- 1 Tippelskirch, Kurt von: Geschichte des Zweiten Weltkrieges, 3. unveränderte Aufl, Bonn 1959, S. 215.
- 2 Shukow, G. K.: Erinnerungen und Gedanken, Bd. I, Berlin 1969, S. 432.
- 3 Ebenda, Bd. II, Berlin 1969, S. 7.
- 4 Ebenda, S. 6.
- 5 Stalin, J. W.: Werke, Bd. 14: Februar 1934 - April 1945, Dortmund 1976, S. 265.
- 6 Shukow, Bd. II, S. 7.
- 7 Siehe ebenda, S. 80. Bei Fowler, Will: Schlacht um Stalingrad, Wien 2006, S. 178, wird von Westphal mit den Worten zitiert. "Die Katastrophe von Stalingrad schockierte das deutsche Volk ebenso tief wie die Streitkräfte ... Nie zuvor in der deutschen Geschichte hatte ein so großer Truppenteil ein so schreckliches Ende gefunden."
- 8 Wiedergegeben in junge Welt, 16./17. Februar 2008.
- 9 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941 - 1945, Moskau 1957, deutsch Berlin 1961, S. 518.
- 10 Ebenda, S. 837.
- 11 Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 3: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943), 2., durchgesehene Aufl., Leitung: Wolfgang Schumann unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1982, S. 99/100.
- 12 Fowler, Will: Schlacht um Stalingrad. Die Eroberung der Stadt - Oktober 1942, London 2005, deutsch Wien 2006, S. 181.
- 13 Shukow, Bd. II, S. 80.
- 14 Stalin, Bd. 14, S. 324.
- 15 Förster, Gerhard/Helmert, Heinz/Schnitter, Helmut: Der zweite Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß, 5. Aufl., durchgesehen, bearbeitet und ergänzt von Paul Heider und Richard Lakowski, Berlin 1989, S. 294/295.
- 16 Bahm, Karl: Berlin 1945. Die letzte Schlacht des Dritten Reiches, London 2001, deutsch Klagenfurt 2004, S. 171.
- 17 Squires, Richard: Auf dem Kriegspfad. Aufzeichnungen eines englischen Offiziers, Berlin 1951, S. 20.

### **Dokumentation**

Prof. Dr. Wolfgang Triebel

#### **Aus dem "Archiv Dirksen"<sup>1</sup>**

Die folgenden Auszüge aus dem Archiv Dirksen (Herbert von Dirksen [1882 - 1955], Großgrundbesitzer, deutscher Diplomat, 1928 - 1933 Botschafter in Moskau, 1933 - 1938 Botschafter in Japan, 1938/1939 Botschafter in England) ergänzen die Ausführungen von Prof. Eichholtz und Prof. Doernberg. Im Kontext zu der aus dem historischen Zusammenhang gerissenen und unvermindert kritisierten Annahme von Hitlers Nichtangriffspakt durch Stalin belegen diese Dirksen-Dokumente die Doppelzüngigkeit der britischen Regierung gegenüber Polen und der Sowjetunion. Für günstige politische und wirtschaftliche "Geschäfte" mit Nazideutschland und Abgrenzung von internationalen Interessensphären hat vor anderen Staaten besonders Großbritannien eine rechtzeitige Antihitlerkoalition unter Einbeziehung der UdSSR verhindert, obgleich die britische Öffentlichkeit darauf drängte (s. Dok. 22 und 29). Die damaligen Vorgänge werden von der altbundesdeutschen Geschichts- und Politikwissenschaft entweder gar nicht oder nur verstümmelt reflektiert, indem lediglich vom "Geheimvertrag" zwischen Hitler und Stalin



die Rede ist. Der Standpunkt marxistischer Historiker und Politikwissenschaftler, alle Geheimverträge zwischen Staaten zur Absteckung ihrer internationalen Interessensphären grundsätzlich als völkerrechtswidrig abzulehnen, wird wohlweislich verschwiegen.

Wolfgang Triebel

**Aus Dokument Nr. 13** (S. 65 ff.):

**Aufzeichnung des deutschen Botschafters in London, Dirksen, über die Unterhaltung Wohlthats mit H. Wilson und Hudson vom 21. Juli 1939**

(Wohlthat - Ministerialdirektor in Görings "Amt für den Vierjahresplan"; Wilson - engster Mitarbeiter des damaligen britischen Premierministers Chamberlain, von ihm im Sommer 1939 zu Geheimverhandlungen mit Deutschland beauftragt; Hudson - 1937 - 1940 britischer Überseehandelsminister)

"1. ... Bei dieser Gelegenheit hat Hudson weitgehende Pläne über eine deutsch-englische Zusammenarbeit zur Erschließung neuer und zur Pflege bestehender Weltmärkte entwickelt. Er hat u. a. ausgeführt, dass es noch drei große Gebiete in der Welt gebe, in denen Deutschland und England weitgehende Betätigungsmöglichkeiten finden würden: Das englische Empire, China und Rußland. Das Empire könne von England selbst nicht ausreichend versorgt werden und es wäre wohl eine umfassendere Hinzuziehung von Deutschland möglich. Ebenso wenig könne Japan ganz China wirtschaftlich befriedigen; in Rußland lägen die Dinge ähnlich.

Hudson hat sich dann noch weiter über die Abgrenzung der deutschen und englischen Interessensphären und über die Möglichkeit, auf den gemeinschaftlichen Märkten sich nicht totzukonkurrieren, gesprochen ...

2. In seiner ersten Unterhaltung hat Sir Horace Wilson Herrn Wohlthat gegenüber Gedanken entwickelt, die er in einer zweiten noch weiter ausgeführt und bekräftigt hat ... Das von Herrn Wohlthat mit Sir Horace Wilson durchgesprochene Programm sieht folgendermaßen aus: a) Politische Punkte, b) Militärische Punkte, c) Wirtschaftliche Punkte.

Zu a)

1) Nichtangriffspakt. Herr Wohlthat hat hierunter die üblichen, von Deutschland mit anderen Mächten geschlossenen Nichtangriffspakte verstanden, Wilson wollte aber unter Nichtangriffspakt einen Verzicht auf das Prinzip der Aggression als solche verstanden sehen.

2) Nichteinmischungsvertrag, der die Abgrenzung der Großräume der Hauptmächte, insbesondere also Englands und Deutschlands in sich schließen solle.

Zu b)

Beschränkung der Rüstungen. 1) zur See, 2) zu Lande, 3) in der Luft.

Zu c)

1) Kolonialfragen. Hierbei wurde insbesondere der Gedanke besprochen, wie Afrika entwickelt werden könnte ... [Betr. der ehemaligen deutschen Kolonien hatte das englische Kabinett im Februar 1939 beschlossen] ... die Kolonien als solche an Deutschland zurückzugeben. Sir Horace Wilson hat auch über deutsche koloniale Betätigung in der Südsee gesprochen, jedoch hat sich Herr Wohlthat hier sehr zurückhaltend gezeigt.

2) Rohstoffe und deren Beschaffung für Deutschland.

3) Industrielle Märkte.

4) Regelung des internationalen Schuldenproblems.

5) Exchange of financial facilities (Gegenseitige finanzielle Begünstigungen) ...

Als allgemeines Marschziel schwebt Herrn Wilson die Herbeiführung der großen deutsch-englischen Auseinandersetzung über alle wichtigen Fragen vor, wie sie der Führer ursprünglich beabsichtigt habe. Dadurch würden Fragen von so großer Bedeutung aufgerollt und gelöst, dass die festgefahrenen nahöstlichen Fragen wie Danzig und Polen darüber zurücktreten und unwesentlich würden. Sir Horace Wilson hat Herrn Wohlthat ausdrücklich gesagt, dass der Abschluss eines Non-Aggressions-Vertrages es England ermöglichen würde, von seinen Verpflichtungen gegenüber Polen loszukommen. Auf diese Weise würde das polnische Problem viel von seiner Schärfe verlieren ..."

**Aus Dokument Nr. 14** (S. 71 ff.):

**Bericht des deutschen Botschafters in London ... an das Auswärtige Amt v. 24. 7. 1939**

"... Während aber die Presse und der größte Teil der Politiker sich in Fatalismus oder kriegerischen Redensarten erschöpfen, haben die wenigen, wirklich entscheidenden Staatsmänner Englands die in meinem Bericht vom 24. Juni 1939 erwähnten Gedankengänge einer konstruktiven Politik gegenüber Deutschland weiter durchdacht und konkreter gestaltet. Die in diesem Bericht gekennzeichneten außen- und innenpolitischen Tendenzen - Spannung mit Japan, Stockung der Paktverhandlungen mit Rußland, Zweifel an der Wirksamkeit des polnischen Bundesgenossen, wahltaktische Rücksichten - haben sich inzwischen weiter ausgewirkt und die konstruktiven Tendenzen gestärkt.

... Auf einer politischen Befriedigungsgrundlage aufbauend, die das Prinzip der Non-Aggression sicherstellen und die Abgrenzung der politischen Interessensphären durch eine weitmaschige Formel festlegen soll, ist ein umfassendes wirtschaftliches Programm in der Ausarbeitung begriffen, zu dem die folgenden Fra-

gen gerechnet werden: Kolonien, Rohstoffe, wirtschaftliche Interessensphären, Abreden über Zusammenarbeit auf dritten Märkten ... Über diese in maßgebenden Kreisen bestehenden Pläne wird Staatsrat Wohlthat, der darüber während seines Aufenthalts in London in der vergangenen Woche auf englische Initiative hin entsprechende Besprechungen gehabt hat, genauere Auskunft geben können.

... Die öffentliche Meinung ist so aufgehetzt, ... dass die Veröffentlichung solcher Verhandlungspläne mit Deutschland ... sofort mit der Parole 'Kein zweites München!' oder 'Keine Rückkehr zur Befriedungspolitik!' torpediert werden würde ...

Die mit der Ausarbeitung einer Liste von Verhandlungspunkten befassten Persönlichkeiten sind sich also darüber klar, dass die vorbereitenden Schritte gegenüber Deutschland in größter Vertraulichkeit getan werden müssen ...

Abschließend möchte ich darauf aufmerksam machen, dass in diesen Ausgleichstendenzen gegenüber Deutschland das deutsch-polnische Problem insofern eine Aufnahme gefunden hat, als man glaubt, dass im Falle eines deutsch-englischen Ausgleichs das polnische Problem ebenfalls leichter lösbar wäre ... und das englische Interesse an Polen geringer sein würde."

**Aus Dokument Nr. 21 (S. 104 ff.):**

**Bericht des deutschen Botschafters ... an Staatssekretär Weizsäcker vom 1. August 1939**

Für einen Ausgleich mit Deutschland bewegen die

"3.) ... hiesigen leitenden Persönlichkeiten ... hierfür maßgebenden Gedankengänge ... etwa in folgender Richtung:

- a) Ein Ausgleich mit Deutschland würde das Problem Danzig gewissermaßen chemisch auflösen und den Weg für eine deutsch-polnische Regelung, an der England nicht mehr interessiert zu sein brauchte, freimachen.
- b) Der Fortgang der Paktverhandlungen mit Rußland wird trotz - oder gerade wegen - der Entsendung einer Militärmission skeptisch beurteilt. Dafür spricht die Zusammensetzung englischer Militärmission ... [und]... dass Militärmission mehr den Auftrag hat, Gefechtswert der Sowjetarmee festzustellen, als operative Abmachungen zu treffen.
- c) Hinsichtlich militärischer Bewertung Polens bestehen weiterhin Zweifel, die in finanzieller Zurückhaltung Ausdruck finden ...
- 4.) Der Eindruck, dass die Möglichkeiten einer prinzipiellen Einigung mit Deutschland im Laufe der nächsten Wochen festgestellt werden sollen, um Klarheit über Wahlparole zu haben ... verstärkt sich immer mehr ..."

**Aus Dokument Nr. 22 (S. 107 ff.):**

**Bericht des deutschen Botschafters ... an Staatssekretär Weizsäcker vom 1. August 1939**

"Ich übergebe hier Abschrift einer Aufzeichnung, die Botschaftsrat Kordt über eine Unterredung ... mit dem Labourpolitiker Mr. Charles Roden Buxton [englischer Publizist] hatte ... Herr Roden Buxton begann mit dem Hinweis darauf, ... die Erregung der Völker sei derart angestiegen, dass jeder Ansatz zu einer vernünftigen Regelung in der Öffentlichkeit sofort sabotiert würde. Es werde also nötig sein, zu einer Art Geheimdiplomatie zurückzukehren. Die maßgebenden Kreise Deutschlands und Großbritanniens müssten versuchen, in Besprechungen, die völlig unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattzufinden hätten, einen Weg zu finden, der aus den unerträglichen Schwierigkeiten herausführe ...

Herr Roden Buxton skizzierte dann folgenden Plan:

Großbritannien erkläre sich bereit, mit Deutschland ein Abkommen über die Abgrenzung von Interessensphären zu schließen. Unter Abgrenzung von Interessensphären verstehe er einerseits die Nichteinmischung anderer Mächte in diese Interessensphäre, andererseits die Aktivlegitimation für die begünstigte Großmacht, die in ihrem Interessengebiet gelegenen Staaten davon abzuhalten, eine Politik gegen sie zu betreiben. Konkret würde das bedeuten:

- 1) Deutschland verspricht, sich nicht in die Angelegenheiten des britischen Empire einzumischen.
- 2) Großbritannien verspricht, die deutschen Interessen in Ost- und Südosteuropa voll zu respektieren. Das würde zur Folge haben, dass Großbritannien auf die gewissen Staaten in der deutschen Interessensphäre gegebenen Garantien verzichtet. Ferner verspricht Großbritannien dahin zu wirken, dass Frankreich sein Bündnis mit der Sowjetunion und seine Bindungen in Südosteuropa löst.
- 3) Großbritannien verspricht, die zurzeit laufenden Paktverhandlungen mit der Sowjetunion aufzugeben. - Sonderbarerweise erwähnte Herr Roden Buxton in diesem Zusammenhang auch das Fallenlassen des tschechisch-sowjetrussischen Vertrages.

Dagegen soll Deutschland, außer der erwähnten Nichteinmischung, versprechen:

- 1) sich zu einer europäischen Zusammenarbeit bereitzuerklären ...,
- 2) in einem späteren Stadium den Ländern Böhmen und Mähren eine Art Autonomie zu gewähren ...,
- 3) in eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen einzuwilligen. Diese Rüstungsherabsetzung solle keinesfalls einseitig Deutschland zugemutet werden; es komme darauf an zu erreichen, dass die Ausgaben für Rüstungen nicht alle Völker völlig ruinieren ...

*Es sei klar, dass ein so weitreichendes Programm, das im übrigen auch die Kolonialfrage in einem für Deutschland positiven Sinn regeln würde, nur ganz vertraulich besprochen und in einer Atmosphäre gebesserten Vertrauens durchgeführt werden könnte ..."*

**Aus Dokument Nr. 25** (S. 128 ff.):

**Aufzeichnung des deutschen Botschafters ... über eine Unterredung mit dem damaligen britischen Außenminister Lord Halifax am 9. August 1939**

*"Er - Halifax - habe den Sinn der englischen Politik in seiner Rede im Chatham House darzulegen versucht ...:*

*Die englische Politik verfolge ein doppeltes Ziel: einerseits die Abwehr von künftigen Angriffsakten durch Zusammenschluss einer Mächtegruppe, andererseits die Herstellung besserer Beziehungen zu Deutschland durch Erörterung von dessen Forderungen und Beschwerden auf dem Verhandlungswege. Er sei sicher, dass wenn das Eis erst einmal gebrochen sei, man englischerseits sehr weit gehen würde, um einen Ausgleich mit Deutschland zu finden ..."*

**Aus Dokument Nr. 27** (S. 139 ff.):

**Brief des deutschen Botschafters ... an Staatssekretär Weizsäcker, mit anliegender Aufzeichnung über die voraussichtliche Haltung Englands im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts vom 19. August 1939**

*"II) ... Die zunehmende Sorge um eine Bedrohung der britischen Weltstellung brachten nach der Angliederung Böhmen und Mährens im März d. Js. den Entschluss zur Reife, weiteren, einseitig vorgenommenen Machtverschiebungen zugunsten Deutschlands entgegenzutreten. Dies sollte durch die Neuaufnahme der alten Konzeption von der kollektiven Sicherheit mit der neuen Firmierung der 'Bildung einer Nichtangriffsfront' - d. h. also durch eine Einkreisung Deutschlands - erreicht werden. Der Eckstein dieser Nichtangriffsfront ist Polen geworden ... Solange England an der Einkreisungspolitik festhält, wird es die Erfüllung der an Polen gegebenen Zusicherungen als eine Frage ansehen müssen, von der sein außenpolitischer Ruf weitgehend abhängt.*

*V) ... Frage, ... welche Haltung England voraussichtlich in einem deutsch-polnischen Konflikt einnehmen wird.*

*1) ... vorzuschicken, dass Großbritannien sich nicht im Vorhinein zu 100 % gebunden hat, Polen in jedem Konfliktfall beizustehen ... Daher die Abmachung, dass für England der Bündnisfall erst einträte, wenn Polens Unabhängigkeit bedroht sei ... England ist nicht an Danzigs Schicksal vital interessiert, wohl aber daran, unter Beweis zu stellen, dass es die von ihm ausgestellten politischen Wechsel auch honoriert.*

*2) Aus dem zu 1) Gesagten geht hervor, dass die Frage, ob England in einem deutsch-polnischen Konflikt eingreifen wird, sich nicht allgemein mit Ja oder Nein beantworten lässt ...*

*c) Falls polnischerseits eine Provokation in Szene gesetzt werden sollte - etwa Beschießung eines deutschen Dorfes durch einen wildgewordenen polnischen Batteriechef oder Abwerfen von Bomben auf deutsche Ortschaften durch einen polnischen Flieger -, so wäre für die Haltung Englands von entscheidender Bedeutung, dass erstens der Tatbestand einwandfrei für die Weltöffentlichkeit klar ist, und dass zweitens die englische Öffentlichkeit Zeit hätte, sich über den Tatbestand und die polnische Alleinschuld klar zuwerden.*

*d) Falls Deutschland aus irgendwelchen Gründen militärischer Art - etwa um einem als bevorstehend angenommenen polnischen Angriff zu begegnen - sich zu einem militärischen Vorgehen gegen Polen genötigt sehen sollte, so wäre damit zu rechnen, dass England Polen zu Hilfe kommen würde. Es wäre auch nicht wahrscheinlich, dass England neutral bleiben würde, falls Polen in einem solchen Krieg mit Deutschland in kurzer Zeit militärisch niedergekämpft würde. Auch in diesem Fall würde es seine Entscheidungen nicht im Hinblick auf Polens Wohl oder Wehe treffen, sondern im Hinblick auf die Wahrung seiner Weltstellung.*

*VI) ... Das englisch-polnische Bündnis ist trotz der äußeren Starre intern dauernden Änderungen unterworfen ...*

*Die Ostpolitik Englands ist - wie das schon durch die Fortdauer der Verhandlungen mit der Sowjetunion bedingt ist - gegenwärtig noch im Fluss. Dazu trägt ferner der englischerseits als noch nicht endgültig geklärt angesehene Stand der Beziehungen zu Deutschland bei.*

**Dokument Nr. 29** (S. 151 ff.):

**Zusammenfassende Aufzeichnung des deutschen Botschafters in London, Dirksen**

*(Aufzeichnung über die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England während meiner Amtszeit in London Mai 1938 - August 1939)*

*"... Die Einkreisungsaktion [gegen Deutschland gerichtet, W. T.] war gerade auf dem Punkt angelangt, wo die Sowjet-Union mit einbezogen werden sollte. Es kamen jene langwierigen und wechselvollen Verhandlungen in Gang, die sich den ganzen Sommer hinziehen sollten. Bemerkenswert war die Verbissenheit,*

*der Fanatismus, fast die Hysterie, mit der die politische Öffentlichkeit die Verhandlungen vorantrieb und die Regierung zu immer größerem Nachgeben nötigte, damit der Pakt möglichst umgehend abgeschlossen werde ... Aus der Haltung der Öffentlichkeit ging klar hervor, dass dieser Druck auf baldigen Abschluss nur ausgeübt wurde, weil man die Koalition [gemeint die Antihitlerkoalition, W. T.] ohne russische Hilfe nicht für stark genug hielt, um ihren Zweck zu erfüllen ..."*

#### **Anmerkung**

1 Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Band II. Das Archiv Dirksen (1938 - 1939). Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1949.

#### **Zu den Ereignissen von 1989**

*Der Vorstand der GBM verabschiedete am 15. September 2009 folgende vom Berliner Alternativen Geschichtsforum entworfene Stellungnahme:*

Verstärkt bemühen sich maßgebliche Kreise in Politik, Wissenschaft und Medien der Bundesrepublik, das Wesen und die Folgen der Ereignisse vom Herbst 1989 verzerrt darzustellen. Geschichtliche Wahrhaftigkeit gebietet festzuhalten:

1. Die damalige Bewegung in der DDR richtete sich ursprünglich darauf, durch Überwindung von Erscheinungen der Stagnation in Politik, Wirtschaft und Geistesleben den Sozialismus von innen heraus zu erneuern. Eine Preisgabe sozialistischer Grundwerte und Errungenschaften war mehrheitlich nicht beabsichtigt

Erst im weiteren Verlauf der Ereignisse trat an die Stelle der Losung "Wir sind das Volk" angesichts zunehmender Handlungsunfähigkeit der damaligen Partei- und Staatsführung sowie unter aktiver Einwirkung aus Berlin (West) und der BRD die Parole "Wir sind ein Volk". So wurde der Untergang der DDR, ihr Anschluss an die BRD vorbereitet.

2. Beim Aufbau des Sozialismus in der DDR waren jahrzehntelang beachtliche gesellschaftliche Ergebnisse erreicht worden: eine in vielen Bereichen leistungsfähige Wirtschaft, soziale Sicherheit und Geborgenheit, ein international anerkanntes Bildungssystem, eine dem Volk verbundene Kultur. Als antifaschistischer deutscher Friedensstaat genoss diese Republik weltweites Ansehen.

Daneben sind Defizite, etwa bei der Entfaltung der Demokratie sowie vor allem im ökonomischen Bereich, nicht zu übersehen. Allerdings waren sie größtenteils mit ungünstigen Ausgangspositionen in der Nachkriegsentwicklung bzw. mit Auswirkungen der Systemkonfrontation im Kalten Krieg verbunden, oft auch auf subjektive Mängel zurückzuführen.

Insgesamt gibt es keinen Grund, den Sozialismus zu verdammen oder für den Versuch seiner Errichtung um Entschuldigung zu bitten, sondern vielmehr Anlass, aus Erfolgen wie aus Fehlern die Lehren für heutiges und künftiges Streben nach veränderten Gesellschaftsverhältnissen zu ziehen.

3. Der Herbst 1989 in der DDR kann nicht losgelöst von den Vorgängen in der UdSSR und in anderen Staaten der damaligen sozialistischen Gemeinschaft betrachtet und gewertet werden. Der Sozialismus sowjetischer Prägung war generell im Niedergang begriffen; die "Perestroika"-Linie trug das ihre dazu bei. Das Bündnis im Warschauer Vertrag und die Zusammenarbeit im RGW waren lebensnotwendige äußere Bedingungen für Existenz und Entwicklung. Diese Voraussetzungen entfielen zusehends.

4. Sind gesellschaftliche Umwälzungen zumeist mit Menschenopfern verbunden, vollzog sich der Machtwechsel in der DDR bemerkenswert friedlich. Dieser oft nicht ausreichend gewürdigte Umstand ist in hohem Maße auf das von Vernunft geleitete Vorgehen verantwortlicher DDR-Politiker und auf das besondere Verhalten der bewaffneten Kräfte zurückzuführen.

5. Viele DDR-Bürger gingen in die staatliche Einheit Deutschlands mit Illusionen über die Verhältnisse in der Bundesrepublik oder auch über die Möglichkeit, Vorzüge des Sozialismus mit den Realitäten des Kapitalismus zu vereinen. Solche Vorstellungen sind längst zerstoßen.

Die BRD hat die DDR allumfassend in Besitz genommen. "Blühende Landschaften" sind ausgeblieben. Von "innerer Einheit" kann keine Rede sein. Rechte und Interessen ehemaliger DDR-Bürger werden missachtet. Nicht nur ihr gesellschaftliches Eigentum wurde ihnen entwendet, auch ihre Geschichte soll ihnen genommen werden. Die Wirtschaftskrise verschärft den Gegensatz zwischen unten und oben.

Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus. Alles in allem: Die "Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" ist missglückt. Damals gehegte Erwartungen sind verfliegen. Darüber kann auch derzeitiger Rummel um die "Herbstrevolution" nicht hinwegtäuschen.